

INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM

"Wenn ich hier
nicht

tanzen

darf,
ist dies
nicht
meine

Revolution!"

(Emma Goldman)

auf zum Tanz:

1. Mai 97

13Uhr; Rosa Luxemburg Platz

1. Mai 1997

Nr. 418

Die MRTA-Besetzung der japanischen Botschaft in Lima wurde durch das peruanische Militär blutig beendet. Die BesetzerInnen wurden kaltblütig ermordet. Ein Grund für diesen gewalttätigen Durchmarsch des Militärs war sicherlich auch unsere mangelnde Unterstützung der Besetzung. Solidarität heißt: AUS FEHLERN LERNEN.

Vorwort (trocken)

1. 5. 97 (nicht ganz widerspruchsfrei)
KEINEN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN. Eine entsprechende Planung und Vorbereitung - wann, wo und WIE wir losgehen und ankommen - wären da schon ganz richtig und wichtig. Es liegt an uns, ihren Aufmarsch zu verhindern. Hier und überall. Die Route (Demo R-L-Platz ist geändert: R-L-Platz/Senefelder Pl./Schwedter Str./Choriner Str./.../Oranienburger Str./Auguststr./Rosenthaler Pl. Vielleicht ein hilfreicher Einstieg in eine längerfristige und konstruktive Auseinandersetzung nicht nur zwischen den direkt Beteiligten (OSTBLOCK, AAB, AOK ...).
Wir haben eigentlich erwartet, daß der "Konflikt" zwischen der Demo R-L-Platz und der Demo O-Platz inhaltlicher (oder nachvollziehbarer?) geführt wird. Trotz der zu erwartenden Schärfe. Weil sich ansonsten für manche vielleicht die Frage stellt: warum eigentlich 2 Demonstrationen?

Castor (nix da)

Beim nächsten Transport, der nicht nach Gorleben geht, sind wir (spätestens) wieder da, oder? Widerstand ist überall erforderlich und wenn schon nicht immer, dann immer öfter.
Ansonsten finden wir es manchmal durchaus perspektivisch autonom: abzuhaufen um anzukommen.

Beiträge (eher spannend)

Der inhaltliche Bezug der Beiträge zueinander hat in den letzten Ausgaben mal wieder zugenommen. Prima.
Vorwärts beim Aufbau einer revolutionären Wochenzeitung.

Layout (naja)

Bloß keine Bilder mehr von jungen Hunden und kleinen Kindern.
Für den Aufbau einer ästhetisch-revolutionären Wochenzeitung.

Grüße (viele und liebe)

INHALT

=====

- S 3- 8 1. Mai 97
- S 9-11 MRTA PERU
Mumia Abu-Jamal
- S 12-14 Hetendoifer Tagungswochen verhindern
- S 15 Zur Faschistenband "Death in June"
- S 16-17 Zivilbullen-Hitliste 97
- S 18 FrauenLesbengruppe Schwarzmarkt
- S 18 Anquatschversuch
Landowski in Kreuzberg
- S 19 FrauenLesbengruppe Schwarzmarkt
- S 20-21 Solidemo von Vaals nach Aachen
- S 22-23 CastorNix-Nachlese
- S 24 Hausbesetzung in Kiel
- S 25 Veranstaltung gegen Burschenschaften
- S 26-26 DATES

ORDNER

=====

Presseinfo der AIZ-Verteidigung
Mai-Demo Stuttgart
unsägliche Erklärung eines Teils Der O-Platz-Vorbereitung an die
R-L Platz Vorbereitung
Hungerstreikerklärung Ivan Jelinic
Jungdemokratinnen/Junge Linke zu Cuba/Festung Europa

Impressum:

Herausgeberin:

Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda

V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:

Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Umleitung Prenzlauer Berg

Eine Woche vor den Maifestspielen stehen die Demo-Routen fest:

Der Kollwitzplatz wird nur um einige Meter verfehlt

Mai-Demo nun durch Mitte

■ die tageszeitung

- »Widerspenstig und Lebendig«, Straßenfest in Prenzlauer Berg, Humannplatz, ab 10 Uhr
- »Gemeinsam gegen soziale Armut«, Straßenfest in Kreuzberg, Mariannenplatz, ab 15 Uhr

Infos und „Bambule“ an der Siegestsäule

Obdachlosen-Fest am 1. Mai

„So etwas hat es noch nie gegeben, daß Obdachlose sich selbst organisieren, zu einer Kundgebung aufrufen und Action machen“, heißt in der Pressemitteilung des Vereins „mob – Obdachlose machen mobil“ nicht ohne Stolz zwischen den Zeilen. Am 1. Mai ist es soweit: Unter dem Motto „(K)eine Wohnung – (k)eine Arbeit – draußen ohne Tür“ laden Obdachlosen-Zeitungen sowie zahlreiche Initiativen aus dem Bundesgebiet zu einer Veranstaltung an die Siegestsäule nach Tiergarten. Den ganzen Tag über können sich Interessierte über die Lage der Obdachlosen informieren. Zudem gibt es „Essen, Trinken und Bambule“. Mitten im Tiergarten, wo viele „Platte machen“, spielen unter anderem früher in der DDR verbotene Bands. Auf Gagen verzichten alle Musiker. „Überhaupt schnorren sie alles zusammen“, formulierten Stefan Schneider und die Redaktion des „Straßenfegers“. Das Transparent, das vor der Siegestsäule entrollt wird, stiftete die Volksbühne. Ein Wehmuts tropfen aus Sicht des Vereins mob: Die Kooperation mit „motz & Co“ zugunsten einer einzigen Obdachlosenzeitung ist zuletzt gescheitert.

Die Standpauke hatte ihre Wirkung nicht verfehlt: Nachdem sich vor zwei Wochen zahlreiche linke Initiativen und Gruppen aus Prenzlauer Berg dagegen aussprachen, die „Revolutionäre 1. Mai-Demo“ erneut durch den Bezirk zu führen, hat das Vorbereitungsplenum der Demo am Sonntagabend die Route geändert. Statt wie bisher vorgesehen am Kollwitzplatz soll die Mai-Demo nun am Rosenthaler Platz enden.

Mit dieser Entscheidung hat sich vor allem das traditionell undogmatische Anti-Olympia-Komitee (AOK) im Vorbereitungsplenum durchgesetzt. Nach der eindeutigen Absage aus Prenzlauer Berg hatte das AOK erklärt, sich nicht über die Köpfe der dortigen Gruppen hinwegsetzen zu wollen. Der Vorschlag der Ostberliner Linksradiakalen, die Demo durch die Friedrichstraße zu führen, fand allerdings keine Mehrheit. Stattdessen soll die Demo vom Rosa-Luxemburg-Platz (Auftakt 13 Uhr) über den Senefelder Platz, die Schwedter und Choriner Straße in die Spandauer Vorstadt

führen. Über die Oranienburger und Auguststraße geht es schließlich zum Rosenthaler Platz.

Vertreter linker Gruppen aus Prenzlauer Berg begrüßten die Entscheidung der Demovorbereitung als „guten Einstieg in neue Diskussionen unter Linksradiakalen in Ost und West“. Am Senefelder Platz wird es aller Voraussicht nach auch einen Redebeitrag der Ostgruppen zum Thema Yuppiesierung und Aufwertung in Prenzlauer Berg geben.

Unterdessen ist auch der Streit um das Leittransparent der Demo beendet. Neben dem von der Antifaschistischen Aktion Berlin vorgeschlagenen Transparent mit der Aufschrift „Gegen Unterdrückung und Ausbeutung“ versammelt sich der undogmatische Teil der Mai-Revolutionäre hinter einem Spruch von Emma Goldmann: „Wenn ich hier nicht tanzen kann, ist es nicht meine Revolution“.

wera

Eine weitere Vollversammlung zur 1. Mai-Demo am Rosa-Luxemburg-Platz findet kommenden Montag um 20 Uhr im Mehringhof, Gneisenaustraße 2 statt.

Mobilisierung richtet sich weiter nach Leipzig

junge Welt
Montag, 28. April
1997, Nr. 98

NPD will gegen das Verbot ihres Aufmarsches am 1. Mai vor das Bundesverwaltungsgericht ziehen

Noch immer ist unklar, ob am 1. Mai Tausende von Rechtsradikalen versuchen werden, durch Leipzig zu ziehen. Die Organisatoren der Demonstration »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche«, NPD und deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), haben inzwischen angekündigt, gegen das bislang verhängte Verbot bis vor das Bundesverwaltungsgericht zu ziehen.

40 Antifa-Gruppen aus 21 Städten haben Anfang vergangener Woche dazu aufgerufen, »den Fascho-Aufmarsch zu verhindern«. Sie fordern alle »antifaschistisch gesinnten Menschen auf, nach Leipzig zu kommen«.

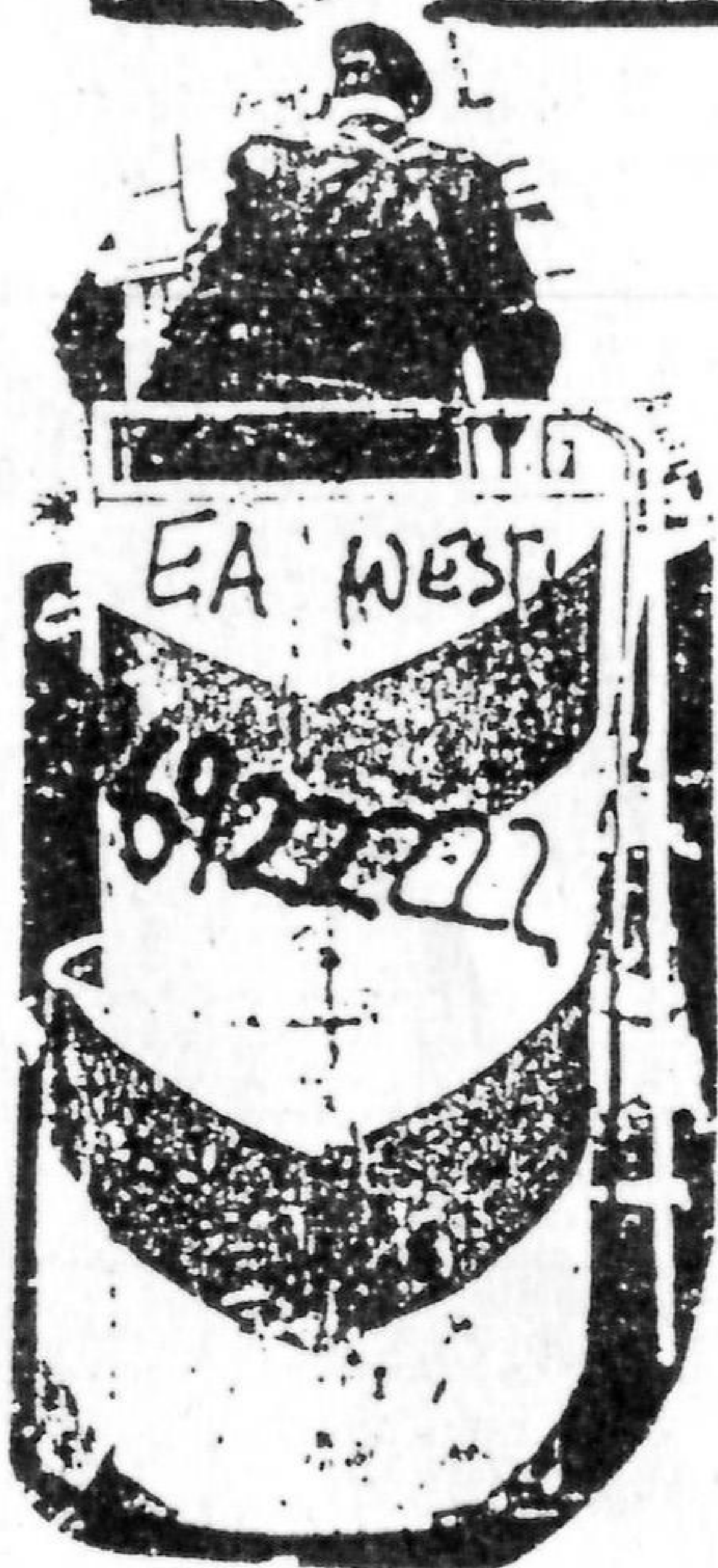
Die Antifa hält an ihrer Mobilisierung auch fest, wenn die Verbotungsverfügung nicht aufgehoben werden sollte. Der DGB-Sachsen hat alle regionalen Aktionen abgesagt und zur zentralen Kundgebung nach Leipzig aufgerufen.

Zudem wollen die GewerkschafterInnen eine Menschenkette um die Stadt bilden, um sie symbolisch vor Rechtsextremen zu schützen. Gerechnet wird allerdings auch damit, daß die Demonstration kurzfristig in eine andere Stadt verlegt wird. Im Gespräch ist Halle.

Aber auch für den Fall, daß die Faschisten versuchen werden, wie in den vergangenen Jahren in Berlin auf die Straße zu gehen, haben GewerkschafterInnen und Antifa-Gruppen vorgesorgt und ihren Widerstand angekündigt. »Wir werden nicht zulassen, daß Berlin Aufmarschort für Neonazis wird«, heißt es in einem Aufruf. »Auch wenn sie noch mit politischer Rückenbedeckung durch den Innensenator rechnen können.«

Der sächsische Verfassungsschutz rechnet jedoch nicht damit, das die NPD »die Massen noch umdirigieren« kann. (

junge Welt
Montag, 28. April
1997, Nr. 98



Leipzig, den 24. April 1997

Liebe Antifas,

hier unsere letzten Informationen vor dem 1. Mai. An der Sachlage hat sich nichts wesentliches geändert. Die NPD/JN mobilisieren mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln weiterhin für Leipzig (Treffpunkt 11.00. Völkerschlachtdenkmal). Die Stadt Leipzig hat zwar den Aufmarsch der Faschos verboten, diese haben jedoch sofort Rechtsmittel dagegen eingelegt und diesbezüglich auch angekündigt, alle möglichen Instanzen in Anspruch zu nehmen. Da auch der Verfassungsschutz nicht von einem Aufrechterhalten des Verbots ausgeht, die Polizei die Bevölkerung Leipzigs bereits mit Pressemitteilungen beruhigt und der Oberbürgermeister der Stadt sich für den 1. Mai "schönes Wetter" und "nur 500 Teilnehmer bei der NPD-Veranstaltung" wünscht, ist also von dem zentralen Aufmarsch der Nazis in Leipzig auszugehen.

Am 19.4. hat ein bundesweites Vorbereitungstreffen zu den Gegenaktivitäten am 1.5. stattgefunden. An diesem haben über 100 Personen aus 21 Städten teilgenommen. Für die Gruppen, die daran nicht teilnehmen konnten, haben wir das Protokoll des Treffens beigelegt. Auch die Gruppen, die da waren, können hier alles wesentliche "nachprüfen". Besonders wichtig ist der Verweis auf die verabschiedete Resolution (siehe Anlage).

Das Konzept des BGR für die Gegenaktivitäten wurde weitgehend akzeptiert. Natürlich gab es einige Einwände und Diskussionen. Das Konzept ist in dem beigelegten Protokoll nachzuvollziehen. Besonders wichtig ist, daß Ihr von vornherein davon ausgeht, von den angegebenen Treffpunkten am Sachsenplatz und an der Kurt-Eisner-Str./Karl-Liebknecht-Str. zu dem Fascho-Treffpunkt zu gehen. Die Informationen, wo die Faschos sich sammeln wollen, sind über die Infonummern und am 1.5. natürlich auch an unseren Treffpunkten über Flyer und Megaphone zu erfahren. An den Treffpunkten werden auch noch mal Stadtpläne verteilt, auf denen mögliche Routen zum Fascho-Treff verteilt werden. So habt Ihr mehrere Möglichkeiten und müßt Euch nicht an der erstbesten Bullensperre aufhalten. Wir rechnen in diesem Falle auf Eure Flexibilität und Euren unbedingten Willen, zu den Faschos zu gelangen. Auch würden wir uns freuen, wenn Ihr ebenfalls mit Megas dazu aufruft, zu den Nazis zu gehen.

Trotz der vielen Veranstaltungen am 1. Mai wird es eine bundesweite Mobilisierung im Antifa-Spektrum geben, die auch schon die ersten Erfolge zeigt. Aus mehreren Städten werden Busse nach Leipzig fahren. Wir rechnen bis jetzt mit 2000 bis 3000 TeilnehmerInnen aus dem autonomen Antifaspektrum. Doch auch aus der Region rechnen wir mit vielen Antifas. Wir denken, daß unser Plan, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern, nicht unrealistisch ist.

Auch der DGB und andere Organisationen planen im großen Maßstab Protestaktivitäten gegen den Nazi-Aufmarsch. Sie haben an vielen Orten Veranstaltungen angemeldet, darunter auch am Völkerschlachtdenkmal (IG Chemie-Anmeldung, auf die man sich notfalls berufen kann). Diesbezüglich gibt es ein regelrechtes Anmeldungsduell. Grundsätzlich laufen aber die Gewerkschaftsaktivitäten darauf hinaus, soweit wie irgendmöglich von den Nazis entfernt zu bleiben. An dem Konzept, trotzdem die Gewerkschafter an ihren Treffs permanent über Flugis und Megas aufzufordern zu den Nazis zu gehen, könnt Ihr Euch gern beteiligen. Ihr müßt dafür einfach an den jeweiligen Plätzen sein und lautstark für den Weg zum Völkerschlachtdenkmal mobilisieren.

Generell ist es für Antifa-Gruppen, die aus dem Bundesgebiet anreisen, notwendig, sich bei eventuellen Bullenkontrollen auf die von den Gewerkschaften angemeldeten Veranstaltungen zu berufen. Eine explizite Antifa-Demo wird es nicht geben. Die beiden von uns genannten Treffpunkte für den Beginn der Antifa-Aktionen sind anmeldetechnisch abgesichert. Von der Kurt-Eisner-Str./Karl-Liebknecht-Straße im Stadtteil Süd (Connewitz) beginnt eine traditionelle 1. Mai-Demo. Deren Durchführung ist rechtlich sicher. Am Sachsenplatz (Innenstadt) hat die PDS und der DGB angemeldet. Deshalb gibt es also keinen Grund für die Bullen, Euch nicht nach Leipzig zu den Treffpunkten zu lassen.

Das Konzept für unser Info-System steht soweit. Ihr habt zwei Nummern, siehe Protokoll "Telefonnummern". Unter diesen Nummern könnt Ihr erfahren: Was planen die Nazis? Wo ist Ihr Treffpunkt? Wollen sie ausweichen? Wie reagieren wir darauf? Wo gibt es Vorkontrollen? Außerdem könnt Ihr unter diesen Nummern auch Schlafplatzmöglichkeiten und den Ort der zentralen Parkplätze (voraussichtlich Karl-Tauchnitz-Str. am Clara-Zetkin-Park - nahe Innenstadt) erfahren. Es wäre clever, bereits am 27.4. von 16.00-22.00 unter 0177-2661297 nachzufragen. Wir denken, daß es gut wäre, wenn Ihr so zeitig wie möglich in Leipzig seid, also entweder bereits am 30.4. oder wenigstens am 1. Mai vor 9.00. Übrigens ist von uns auch niemand böse, wenn Ihr direkt den Treffpunkt der Faschos besetzt und nicht erst an den Treffpunkten vorbeischaut. Logisch ist das noch ein bißchen gefährlicher. Eventuell aber auch einfacher und überraschender für die Bullen.

Über deren Vorgehen können wir an dieser Stelle nur spekulieren. Rechnen wir lieber mit dem Schlimmsten und gewinnen dann trotzdem.

Am 30.4. wird es am späten Abend noch einmal ein Delegiertentreffen geben. Leider wissen wir nicht genau wo. Der Ort ist ebenfalls über die oben genannte Info-Nummer zu erfragen.

Wir werden auch ein kleines Kulturprogramm für die Nacht nach dem 1. Mai organisieren. Näheres gibt es dann auf Flyern oder ist bei Einheimischen zu erfragen. Ihr könnt also notfalls auch noch eine Nacht länger bleiben, falls sich die Gerüchte bestätigen, daß die Faschos nach ihrem Aufmarsch noch alternative Projekte angreifen wollen.

Bis zum 1. Mai.

Mit antifaschistischen Grüßen.
Euer BGR.

Erwähnt sei noch, daß wir für Spenden derzeit besonders empfänglich sind. Vielen Dank im voraus.

Anlagen:

- Protokoll vom bundesweiten VT am 19. April 1997
- Resolution des VT
- aktuellster Faschoaufruf
- Stadtplan mit eingezeichneten wichtigen Punkten

Kto.-Nr. 113 001 3304, Sparkasse Leipzig BLZ 860 555 92, Vereinigte Linke, Stichwort: 1. Mai



Vorbereitungstreffen 1. Mai - 19.4.1997

anwesende Gruppen

ca. 40 Organisationen aus 21 Städten, über 100 Leute

Faschomobilisierung

- der Fascho-Aufmarsch wurde am 15.4. verboten. Das Verbot stützt sich auf Gründe der "Sicherheit und Ordnung". Z.B. wird mit der am gleichen Tag stattfindenden DGB-Großkundgebung argumentiert
- das Verbot steht auf ziemlich schwachen Füßen, das haben schon vorher das Ordnungsamt Leipzig, der Sächsische Verfassungsschutz (ein Verbot "wird nicht ganz leicht sein" AFP 7.4.1997) und die Polizei so eingeschätzt; auch die NPD geht davon aus, daß sie vor dem Verwaltungsgericht mit ihrer Klage Erfolg haben wollen (ähnlich auch die Nationalen Infotelefone, z.B. NIT Hamburg vom 4.4.1997)
- außerdem hat die NPD in der Presseerklärung vom 28.3.1997 erklärt, mit allen "politischen und juristischen Mitteln" gegen ein Verbot vorgehen zu wollen, was auch heißen kann, daß sie versuchen, trotz Verbot aufzumarschieren
- nach Einschätzung des BgR, hat die NPD / JN gute Chancen, mit ihrer Klage durchzukommen. Wenn das Verbot bestehen bleibt, vermuten wir jedoch, daß der Aufmarsch in einer anderen ostdeutschen, nicht zu weit entfernten Stadt (auch Berlin) stattfinden wird
- die Mobilisierung läuft weiter auch Hochtouren, aus mehreren Städten fahren Busse ab (z.B. für Thüringen aus Gotha, Faschos aus Berlin kommen mit dem Zug?)
- trotz der angemeldeten Faschodemo (organisiert vom ausgeschlossenen, ehemaligen JN-Mitgliedern) soll es eine zentralen Großaufmarsch der Faschos geben, für den weiterhin nach Leipzig mobilisiert wird (so mobilisieren *Die Nationalen* aus Berlin für Leipzig)
- JN-Infotelefon (Stand: 18.4.): "Die Mobilisierung geht trotz Verbot auf vollen Touren weiter, es werden alle juristischen Mittel gegen das Verbot angewendet"
- NIT Mitteldeutschland: "ob Leipzig, Berlin oder Dresden, wir erwarten 5.000-10.000" (Abfahrt Gotha 7.00 Uhr, Busfahrkarten kosten 20,- DM)
- das Bundesamt für Verfassungsschutz schätzt die TeilnehmerInnenzahl beim Fascho-Aufmarsch auf rund 2.000, die JN Berlin geht intern von 3.000 TeilnehmerInnen aus; zur Mobilisierung gehen JN / NPD immer noch 10.000 Faschos als Ziel an, der SPD-Bürgermeister von Leipzig spricht von 500 TeilnehmerInnen
- Treffpunkt der Faschos weiterhin: 11.00 Uhr, Völkerschlachtdenkmal
- die angemeldete Demoroute ist noch nicht bekannt / eventuell machen sie auch nur eine Kundgebung beim Völkerschlachtdenkmal
- wir gehen davon aus, daß aufgrund des Klimas in der Stadt und der Erfahrungen von ähnlichen Aufmärschen (siehe auch die Aufrufe zum 1. Mai, die zur Zurückhaltung mahnen und ein ziviles, waffenloses Outfit einfordern, was von den Fascho-Ordnern auch durchgesetzt werden wird) die auswärtigen Faschos möglichst geschlossen in Bussen anreisen, über (bisher noch unbekannte) Schleusungspunkte zum Völkerschlachtdenkmal geleitet werden, dort ihre Kundgebung / ihren Aufmarsch abhalten und geschlossen wieder abfahren. Deshalb denken wir, daß am 1. Mai (tagsüber) keiner

überdurchschnittliche Gefahr besteht, von umherschweifenden Fascho-Gruppen angegriffen zu werden; große Gefahr besteht jedoch bei An- und Abreise der Faschos auf den Autobahnraststätten (Aufpassen!)

- es gibt gleichfalls Gerüchte und konkrete Drohungen, daß (lokale, regionale) Faschos am oder um den 1. Mai linke Projekte in Leipzig angreifen wollen

Gegenaktivitäten - DGB

- Der DGB hat seinen Kundgebungsbeginn um 2 1/2 Stunden nach hinten verlegt: Die DGB-Kundgebung beginnt 12.30 auf dem Sachsenplatz, die DGB-Demo beginnt erst 14.00 Uhr und geht um den Innenstadtring. Die Kundgebung wurde offiziell nach hinten verlegt, da sie zur zentralen DGB-Kundgebung für Sachsen ausgerufen wurde (aufgrund des angekündigten Fascho-Aufmarsches) und somit die Anreisezeiten der ca. 40 Bussen aus anderen Städten berücksichtigt werden; außerdem mobilisiert der DGB bundesweit für seine Kundgebung, es werden auch Busse aus Thüringen, Sachsen-Anhalt und vereinzelt aus anderen Bundesländern werden ca. 40.000 TeilnehmerInnen auf der DGB-Kundgebung erwartet
- weder wir als Bündnis gegen Rechts (in dem auch Einzelgewerkschaften beteiligt sind) noch die PDS (die den Platz angemeldet und später den Gewerkschaften zur Zusammenarbeit überlassen haben) haben auf der DGB-Kundgebung Rederecht, vielmehr werden IG Metall Chef Klaus Zwickel, SPD-Chef Oskar Lafontaine und sächsischer DGB-Chef Hanjo Lucassen sprechen.
- am 15.4.1996 wurde ein Aufruf des DGB-Landesverbandes in Dresden der Presse vorgestellt, der von "führenden Vertretern aus Politik, Kirche und Gesellschaft im Land Sachsen", u.a. vom Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU), DGB-Chef Hanjo Lucassen, dem Leipziger Bürgermeister Hinrich Lehmann-Grube, Arbeitgeberpräsident Manfred Keutel, die Vorsitzenden der SPD, PDS und B90/Grüne sowie den evang. und kathol. Bischöfen Volker Kreß und Joachim Reinelt unterschrieben wurde. In dem Aufruf heißt es u.a. "Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, diesen freiheitsverachtenden Kräften entgegenzutreten. (...) Mit verhetzenden Parolen, die den Kampfbegriffen der Nationalsozialisten gleichen, wird versucht, die Angst der Menschen vor Arbeitsplatzverlust auszunutzen und Ausländerhaß zu schüren." Mit dem Aufruf meint jedoch lediglich die Teilnahme an der DGB-Kundgebung, einem Friedensgebet in der Nikolaikirche und einer geplanten Menschenkette um den Ring (in Anlehnung an die Montagsdemos zur Wende). Der späte Beginn und die Menschenkette sind natürlich auch gut geeignet, medial in "gute" und "böse" Antifas zu unterscheiden

Gegenaktivitäten - Bündnis gegen Rechts

- trotz vieler TeilnehmerInnen auf dem bundesweiten Vorbereitungstreffen, schien die Resonanz in den einzelnen Städten nicht so gut; viele Gruppen scheinen noch an ihren lokalen 1. Mai-Aktivitäten bzw. an der Berliner Demos zu hängen
- deshalb gehen wir zur Zeit von mindestens 2.000 TeilnehmerInnen aus, die unabhängig vom DGB und nicht nur symbolisch gegen den Faschoaufmarsch demonstrieren wollen
- das bundesweite Vorbereitungstreffen hat beschlossen, einen Aufruf zu formulieren, der nochmals eindringlich alle Antifas u.ä. auffordert, nach Leipzig zu kommen.

Aktionskonzept:

- # Platz vor dem Völkerschlachtdenkmal besetzen, bevor die Faschos kommen. Dazu in kleineren Gruppen auf verschiedenen Wegen durch Polizeiketten durchsickern (Stadtpläne mitnehmen. Laufzeit von Karl-Liebknecht / Kurt-Eisner und Sachsenplatz ca. 20 min)
- # falls das nicht gelingt, die Route des Fascho-Aufmarsches besetzen
- # wenn das nicht geht (bzw. nur eine Kundgebung stattfindet), die Fascho-Veranstaltung von so nah wie möglich und so laut wie möglich stören
- # wenn das alles nicht gehen sollte und nur sehr wenige Leute da sind, gehen diese zum Sachsenplatz zurück und versuchen, die Leute dort mit Megaphonen und Flugblättern zu informieren was los war und zum Mitgehen zu animieren
- # parallel dazu bleiben bei allen aufgezählten Varianten ein paar Leute mit Transpis, Megaphonen / einem Lautsprecherwagen, Flugblättern und ähnlichem Agitationsmaterial auf dem Sachsenplatz, um möglichst viele "Bürgerinnen und Bürger" zum Völkerschlachtdenkmal zu schicken
- # auf den Parkplätzen sind auch Leute, die den Weg weisen und Stadtpläne verteilen

- andere Städte müssen unbedingt mitbringen: Megaphone (~~auch Lautsprecheranlagen brauchen wir noch~~), Sanis, eigene OrdnerInnen
- Bus- oder Konvoi-Verantwortliche sollten vor der Abfahrt die Infonummer anrufen (wg. eventuelles Ausweichen auf eine andere Stadt) und kurz vor der Ankunft in Leipzig (Kontrollen, Parkplätze)
- Vorkontrollen können unter Umständen mit dem Verweis auf die geplante Teilnahme an der DGB-Demo umgangen bzw. abgekürzt werden (entsprechende Wimpel und Fahnen bereit halten)
- Kontrollen in Leipzig auf dem Weg zum Völkerschlachtdenkmal lassen sich am besten in kleinen Gruppen auf verschiedenen Wegen zusammen mit "normal ausschenden" Leuten umgehen
- nie sagen, daß Ihr zu der Antifa-Demo oder einer Gegendemo zum Fascho-Aufmarsch wollt. Diese Demo gibt es nicht bzw. wurde verboten. Immer nur auf die 1. Mai-Demos verweisen (DGB, oder die traditionelle 1. Mai-Demo linker, unabhängiger Gruppen, die 9.00 in der Karl-Liebknecht / Ecke Kurt Eisner-Str. beginnt und zum Sachsenplatz führt)
- es gibt in dem Sinne kein OrdnerInnenkonzept, da wir keine eigene Demo planen, es wäre aber gut, wenn aus jeder Stadt Leute solche Aufgaben mit übernehmen (vorallem wegen Alk)

Ausweichkonzepte:

- werden über die Leipziger Tel nummern koordiniert; d.h. sobald was einer Gruppe bekannt wird, soll sie in Leipzig anrufen, die anderen Gruppen erfahren dann davon, indem sie kurz vor ihrer Abfahrt bzw. während der Fahrt neueste Infos über die Nummern erhalten
- Leute aus Leipzig und die nicht mehr telefonisch erreicht werden können, bekommen an den Treffpunkten (Eisner/Liebknecht-Straße, Sachsenplatz) die Info zum Hinterherfahren
- Gruppen aus den Städten, die als Ausweichorte als ehesten in Frage kommen (Dresden, Halle, Chemnitz, Berlin), bereiten sich darauf vor, stehen in Kontakt mit Leipzig und organisieren Treffpunkte und Stadtpläne für die jeweiligen Städte

- alle sollten möglichst mobil kommen (also nicht mit Zügen), damit kurzfristig auf ein Ausweichen der Faschos reagiert werden kann.

Telefonnummern:

- Infonummer I (auch zwecks Schlafplätze): 0177-2661297, vom 27.-30. April, 16-22 Uhr, 1. Mai ganztägig
- Infonummer II: 0341-2113582, ab 30. April, 1. Mai ganztägig
- Ermittlungsausschuß: 0341-2119313 (1. Mai, ab 7 Uhr)
- Pressegruppe: 0341-2119322 (29. und 30. April, 9-12 Uhr, 1. Mai, ab 9 Uhr)

DOKUMENTATION

file:///E:/Internet/Downlo...

Neue Informationen zum 1. Mai in Leipzig!

Durch die Presse und die Medien gehen Berichte, daß die Stadt Leipzig die Demonstration des Nationalen Widerstandes am 1. Mai verboten hat und daher keine Veranstaltung stattfindet.

Lassen Sie sich nicht durch diese Berichte beeinflussen! Die NPD klagt unter tatkräftiger Mithilfe von anerkannten Rechtsanwälten gegen diesen Willkürakt. Alle eingeschalteten Stellen sind sich einig, daß das Verbot aufgehoben wird.

Jeder kommt nach LEIPZIG! Die Demonstration wird auf jeden Fall stattfinden. Hören Sie nicht auf die Medien, denn dann wäre das Ziel der Systempresse, den Nationalen Widerstand zu schwächen, erreicht. Richten Sie sich nach den Anweisungen Ihrer Organisatoren vor Ort!

LASSEN SIE SICH AUF KEINEN FALL VON IRGENDWELCHEN FALSCHMELDUNGEN VON IHRER TEILNAHME AN DER DEMONSTRATION IN LEIPZIG ABHALTEN! ZEIGEN WIR DER WELT, DAS MÜNCHEN NUR DER ANFANG UND DIE WIEDERGEBOURT DES NATIONALEN WIDERSTANDES WAR!

UNSERE DEMONSTRATION IN LEIPZIG MUSS NOCH EINDRUCKSVOLLER ALS IN MÜNCHEN WERDEN!

LEISTET WIDERSTAND - JETZT - !

1. MAI

TAG DER NATIONALEN ARBEIT

ARBEITSPLÄTZE
zuerst für
DEUTSCHE!

Bundesweite
DEMONSTRATION

Die Wut auf die Strasse tragen!

Kommt alle am 1. Mai nach Leipzig

Treffpunkt:
Am Donnerstag (Feiertag), 1. Mai 1997
11:00 Uhr, Parkplatz vor dem
Völkerschlachtdenkmal, Leipzig

DOKUMENTATION... DOKUMENTATION... DOKUMENTATION... DOKUMENTATION... DOKUMENTATION...

Resolution des bundesweiten Antifa-Vorbereitungstreffens zum 1. Mai 1997

Leipzig, den 19. April 1997

Am 1. Mai soll in Leipzig ein Faschoaufmarsch stattfinden, für den seit einem halben Jahr bundesweit mobilisiert wird und der von der NPD JN angemeldet wurde. Die Vorbereitungskreise des Aufmarsches rechnen damit, daß sie durch die Besetzung der "sozialen Frage" mehr TeilnehmerInnen für ihren Aufmarsch gewinnen können als in München am 1. März 1997. Dort versammelten sich, fast völlig ungestört von der autonomen Antifa, die dem Ganzen im Vorfeld nur geringe Bedeutung beigemessen hat, ca. 5.000 Faschos aller Couleur und zogen gegen die Ausstellung über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht durch die Stadt. Lediglich die Abschlußkundgebung der Faschos konnte nicht am geplanten Ort stattfinden, da dieser von über 10.000 GegendemonstrantInnen, die aus sehr unterschiedlichen politischen Spektren kamen, besetzt wurde.

Anknüpfend an die Erfahrungen von München sehen wir zum einen nur die Möglichkeit, durch Präsenz vor Ort den Aufmarsch der Faschos zu verhindern oder zumindest zu stören, zum anderen befürchten wir, daß auch diesmal die Anwesenheit von AntifaschistInnen gering ausfallen wird, da viele Linke an ihren örtlichen 1. Mai-Demos festhalten bzw. nach Berlin zu einer der zwei "revolutionären 1. Mai-Demos" fahren wollen. Wohin das führen kann, hat letztes Jahr der Fascho-Aufmarsch in Berlin-Marzahn gezeigt, der ungehindert trotz der gleichzeitig stattfindenden Demos mit über 10.000 Linken stattfinden konnte.

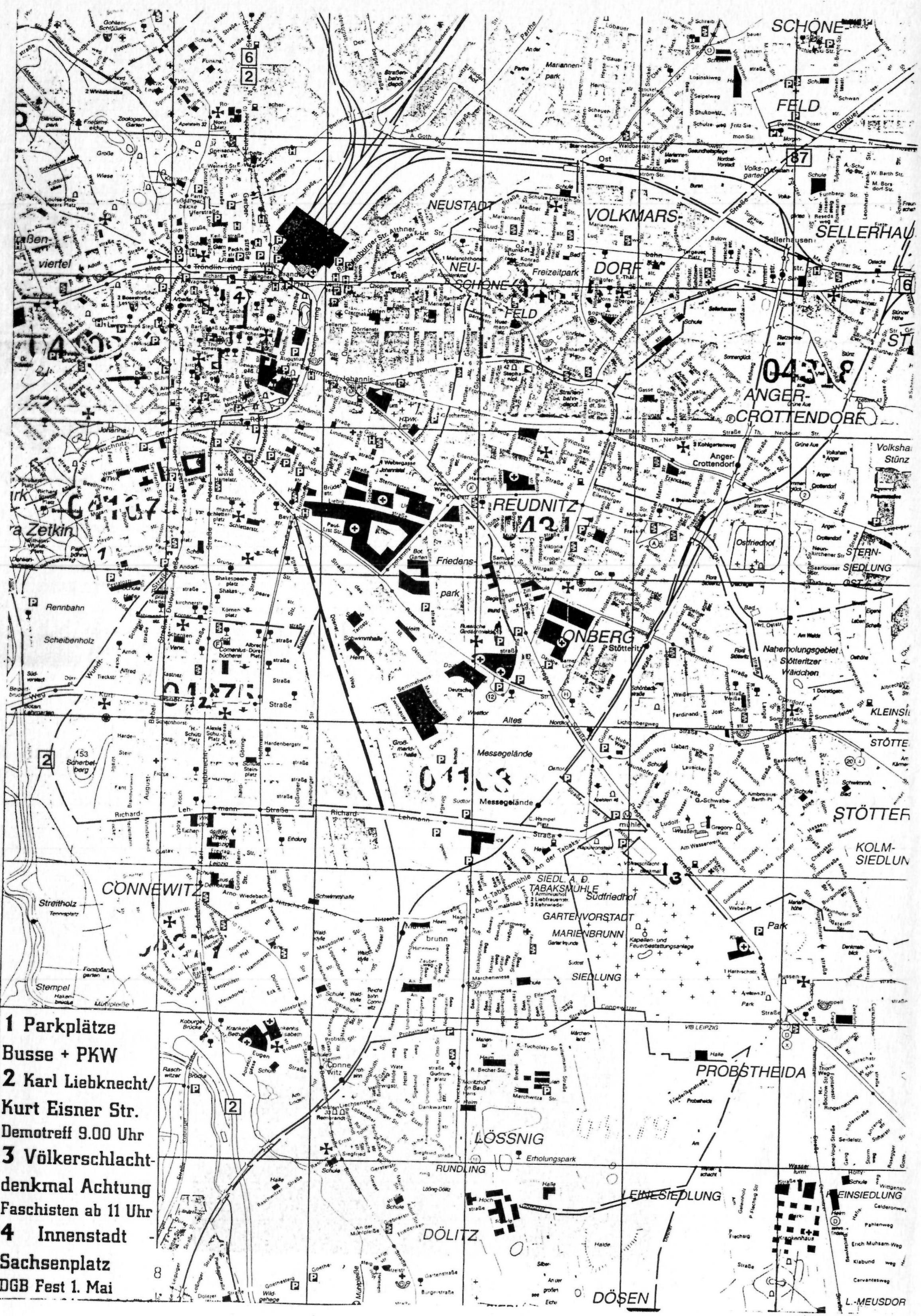
Deshalb möchten wir hiermit ausdrücklich betonen, daß es wichtig ist, an diesem Tag den Faschoaufmarsch zu verhindern und fordern alle antifaschistisch gesinnten Menschen auf, nach Leipzig zu kommen bzw. in eine andere Stadt, für den Fall, daß der Faschoaufmarsch kurzfristig verlegt wird.

Der DGB plant eine zentrale Großkundgebung in der Innenstadt Leipzigs. Das jedoch verhindert weder den Faschoaufmarsch noch setzt es ihm etwas direkt entgegen. Es wäre fatal, an diesem Tag auf die Kraft der Polizei oder der Gewerkschaft zu vertrauen und den Faschos die Straße zu überlassen.

Es darf nicht zu einer Nachfolge von München und Marzahn kommen!
Beteiligt Euch an den antifaschistischen Gegenaktivitäten!

bundesweites Vorbereitungstreffen
40 Antifa-Gruppen aus 21 Städten





- 1 Parkplätze
Busse + PKW
- 2 Karl Liebknecht/
Kurt Eisner Str.
Demotreff 9.00 Uhr
- 3 Völkerschlacht-
denkmal Achtung
Faschisten ab 11 Uhr
- 4 Innenstadt
Sachsenplatz
DGB Fest 1. Mai

Solidarität mit der MRTA



Am Dienstag, den 22. April 1997, stürmte eine Eliteeinheit des peruanischen Militärs die japanische Botschafterresidenz in Lima, die über vier Monate lang von einem Kommando der MRTA besetzt gehalten war. Dabei wurden alle Guerilleros/-as ermordet.

Im Gegensatz zur MRTA (*Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru*) war Präsident Fujimori seit Beginn der Besetzung nie ernsthaft zu Verhandlungen bereit, sondern setzte immer auf die militärische Lösung. Beim Sturm auf die Residenz ließ er keine Gefangenen machen. Geiseln berichten, daß einige MRTA-Angehörige regelrecht hingegrüßt wurden, nachdem sie sich bereits ergeben hatten. Dies entspricht der Strategie der Vernichtung von revolutionärem Widerstand, die die peruanische Regierung auch stets gegenüber den politischen Gefangenen verfolgt hat.

Nun sind hohe Verantwortliche der herrschenden Klasse Perus aus Politik, Wirtschaft und dem Militär wieder auf freiem Fuß. Unter ihnen waren auch führende Folterspezialisten der peruanischen „Aufstandsbekämpfung“. Mediengerecht inszeniert, feierte ein siegestrunkener Fujimori zusammen mit dem Militär die Erstürmung, die Zeitungsmeldungen zufolge in Zusammenarbeit mit amerikanischen Experten vorbereitet worden war. Auch die Herrschenden in der BRD können aufatmen und Glückwünsche senden, nachdem Außenminister Kinkel gleich zu Beginn der Besetzung die Unterstützung durch „BKA-Experten“ anbot.



Fujimori geht über Leichen

Nach der Erstürmung der Residenz läßt sich der peruanische Präsident triumphierend über den Körpern der ermordeten MRTA-Mitglieder filmen

Die deutsch-peruanische Zusammenarbeit in Sachen „Aufstandsbekämpfung“ und „Strafvollzug“ besteht nicht erst seit Fujimoris ehrenvollem Empfang in Bonn im Oktober 1996. So ließ 1986 der damalige Präsident Alan Garcia hunderte von Gefangenen massakrieren, während die Sozialistische Internationale unter dem Vorsitz von Willy Brandt in Lima tagte. Brandt hinderte dies nicht, von seinem verantwortlichen Parteigenossen den höchsten peruanischen Orden entgegenzunehmen.

Im Februar 1987 besuchte eine peruanische Regierungsdelegation den Knast in Köln/Ossendorf, um sich vor Ort über Isolationshaft kundig zu machen und Erfahrungen über die Bekämpfung von politischen Gefangenen auszutauschen.

In einer Stellungnahme der Europasprecherin der MRTA, Norma Velazco, zur Militäraktion heißt es: „[Fujimori] hatte die MRTA schon vor Jahren für tot erklärt. Das wird er auch jetzt wieder tun, und er wird sich wieder täuschen. Fujimori mag sich jetzt als Sieger feiern lassen. Keines der Probleme des peruanischen Volkes wurde jedoch von ihm gelöst: Die Verelendung großer Teile der Bevölkerung, der Hunger, die fehlende medizinische Versorgung existieren weiter.“ (junge Welt 23.4.97)

In dem neuen Kommuniqué erklärt die MRTA, sie und Mitglieder anderer revolutionärer Bewegungen Lateinamerikas würden sich zu einem „Internationalen Kampfblock“ formieren, um die Freiheit der politischen Gefangenen zu fordern.

Die *Antifa Bonn/Rhein-Sieg* zeigte sich bereits im Februar mit einer Informationsveranstaltung solidarisch mit der MRTA. Die Forderung nach Freiheit für alle Gefangenen der MRTA gehört weiter auf die Tagesordnung. Wir teilen außerdem den Kampf der MRTA gegen die kapitalistische Ausbeutungsstrategie des Neoliberalismus.

Wir gedenken der Ermordeten des MRTA-Kommandos „Oscar Torre Condesu“.

Unterstützt die Kampagne „Ein Radio für die MRTA“!

Gerade nach der Militäraktion ist es um so wichtiger, der Politik des Verschweigens und der Lügen über die Guerilla entgegenzutreten. Die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation organisiert eine Europa weite Kampagne zur Finanzierung eines Radios für die MRTA.

Solidaritätskonto: Ein Radio für die MRTA, Stichwort: „Das Schweigen brechen“
Konto-Nr. 100 700 368, Sparkasse Göttingen, BLZ 260 500 01



Täglich aktualisierte Informationen über die MRTA im Internet:
Voz Rebelde Page:
<http://www.cybercity.dk/users/ccc7427/> (spanisch)
Solidarity Page: <http://burn.ucsd.edu/~ats/mrta.htm> (englisch)
außerdem auf deutsch: <http://www.nadir.org/> (Startseite)



bonn.rhein-sieg

c/o Buchladen Le Sabot
Breie Str.76
53111 Bonn

organisiert in



Norma Velazco

Niederlage für die MRTA?

Es heißt, die MRTA-Guerilleros wurden von der Stürmung der Residenz des japanischen Botschafters völlig überrascht. Kam der Angriff der rund 150 Elitesoldaten tatsächlich unerwartet?

Nein. Die Erstürmung war weder für uns noch für das MRTA-Kommando in der Residenz überraschend. Wir haben immer gewußt und gesagt, daß Präsident Fujimori von Anfang an auf eine militärische Lösung gesetzt hat. Das läßt sich über den ganzen Zeitraum der Residenzbesetzung hinweg nachweisen. Schon kurz nach der Besetzung wurde das Kriegsrecht über Lima und den Hafen Callao ausgerufen. Willkürlich wurden Campesinos unter der falschen Beschuldigung verhaftet, Mitglieder der MRTA zu sein.

Dann im März die Entdeckung des Tunnels, den die Militärs vom Nachbarhaus zur Residenz gegraben hatten. Das machte die Absichten Fujimoris vor aller Welt deutlich. Nein, wir hatten keine Illusionen. Auch wenn Fujimori zuweilen von einer friedlichen Lösung gesprochen hat und hierzulande in den Medien auch von einer bevorstehenden Lösung geschrieben wurde. Aber eine winzige Hoffnung hatten wir doch, daß die internationale Öffentlichkeit in vielen Ländern der Welt den Druck auf die peruanische Re-

gierung so verstärken wird, daß sie zum Einlenken gezwungen ist. Ich meine gerade auch die Länder, in denen es anders als in Peru möglich ist, diese Forderungen auf die Straße zu tragen. In der Beziehung haben wir uns getäuscht.

Welche Erklärung gibt es dafür, daß bei der Erstürmung des Gebäudes alle 14 Guerilleros ums Leben kamen – darunter zwei minderjährige Frauen –, während auf der anderen Seite zwei Soldaten und eine der 72 Geiseln starben?

Es war nicht Ziel des MRTA-Kommandos, die in der Botschaft Gefangenen zu ermorden. Es ging ihnen um die Erfüllung ihrer Forderung bei maximalem Schutz des Lebens auch der Gefangenen. Es gab einen Kampf zwischen Mitgliedern des Kommandos und den Soldaten. Aber die meisten Mitglieder des MRTA-Kommandos wurden erst nach der Erstürmung der Botschaft hingerichtet und aller Wahrscheinlichkeit nach auch gefoltert. Ihre toten Körper wurden auch bisher nicht in der Öffentlichkeit gezeigt.

Gibt es nach der Erstürmung einen Widerstand innerhalb der peruanischen Bevölkerung?

In Lima ist wegen der totalen Militarisierung zur Zeit kein Widerstand möglich. Aber es wird

in den nächsten Tagen Aktionen in ganz Peru geben. Die MRTA ist auf diese Situation vorbereitet.

Ist die Erstürmung eine Niederlage für die Tupac Amaru?

Es ist schon richtig, daß es eine schwere Niederlage für die MRTA ist; weder die Bewegung noch das peruanische Volk haben damit etwas gewonnen. Dennoch ist das nicht das Ende. Wir haben eine Schlacht verloren, aber der Kampf geht weiter.

Wenige Stunden nach der Erstürmung der japanischen Botschaftsresidenz ließ sich Perus Präsident Alberto Fujimori in einem exklusiven Restaurant im Diplomatenviertel San Isidro erneut als Sieger über den Terrorismus feiern. Es scheint, Fujimori ist gestärkt aus dem Konflikt hervorgegangen.

Wenn es nach Fujimori gegangen wäre, hätte die Aktion eigentlich nie stattfinden können, denn er hatte die MRTA schon vor Jahren für tot erklärt. Das wird er auch jetzt wieder tun, und er wird sich wieder täuschen. Fujimori mag sich jetzt als Sieger feiern lassen. Keines der Probleme des peruanischen Volkes wurde jedoch bislang von ihm durch diese Aktion gelöst: Die Verelendung großer Teile der Bevölkerung, der Hunger, die fehlende medizinische

Versorgung existieren weiter und nehmen sogar stets zu. Der Ausgang der Krise um die Botschaft zeigt, daß Fujimori ausschließlich auf militärische Gewalt gesetzt hat und nach wie vor setzt.

Das MRTA-Kommando hat immer betont, daß es eine friedliche Lösung will, und viele Menschen in Peru sind dafür auf die Straße gegangen. Grundlage einer friedlichen Lösung wäre die Beendigung der unmenschlichen Haftbedingungen der politischen Gefangenen in den Knästen Perus gewesen. Damit jedoch ist klar: Es gibt keine Grundlage für einen Dialog mit dem Fujimori-Regime.

Das erklärte Ziel der Residenzbesetzung war, die Haftbedingungen für die politischen Gefangenen der MRTA in Perus Gefängnissen zu verbessern. Was bedeutet die neue Situation für diese Gefangenen?

Zur Zeit sind keinerlei Verbesserungen und Zugeständnisse von seiten des Regimes denkbar. Wir müssen uns neue, bessere Methoden für ihre Befreiung ausdenken. Wichtig ist aber weiterhin, daß die internationale Öffentlichkeit weltweit die politischen Gefangenen und ihre unmenschliche Behandlung jetzt nicht aus den Augen verlieren darf.

die Henker

Buenos Aires (taz) – „Bringt mich nicht um! Gnade!“ soll eine der MRTA-Guerilleros den stürmenden Spezialeinheiten des peruanischen Militärs entgegengeschrien haben. Der Hilferuf half der knapp 20-jährigen nicht mehr, die Soldaten sollen sie mit Maschinengewehrsalven durchlöchert haben. Nach einem Bericht der seriösen argentinischen Tageszeitung *Clarín*, der sich auf Geheimdienstinformationen stützt, haben die Sonderkommandos der Armee die Geiseln der MRTA-Guerilla regelrecht hingerichtet.

Demnach war keiner der acht MRTA-Guerilleros, die im ersten Stock der Residenz beim Fußballspielen überrascht wurden, bewaffnet. Der Führer des Kommandos, Nestor Cerpa Cartolini, sei von Kugeln durchlöchert worden, als er versuchte, die Treppe ins zweite Stockwerk hochzusteigen. Er starb im Trikot seines Fußballvereins Alianza Lima. Soldaten sollen ihm den Hals aufgeschlitzt haben, eine Kugel zerfetzte ihm das Gesicht. Im Treppenhaus der Residenz habe „überall Gehirnmasse“ herumgelegen, so der Informant des *Clarín*.

Daß die Aktion so akribisch geplant war, verdankt die peruanische Regierung auch der Anwesenheit von Ausbildern der britischen Antiterrortruppe SAS, die im Dezember, einen Tag nach Beginn der Geiselnahme, in Lima angekommen waren. Damals befanden sich noch zwei Briten unter den Geiseln der MRTA, die jedoch kurz vor Weihnachten freikamen. Bereits im Dezember hätten die peruanischen Spezialeinheiten mit dem Training für den Sturm auf die Residenz begonnen.

Die japanische Regierung hat sich mittlerweile beim britischen Premierminister John Major für die Hilfe bedankt. Die SAS war 1995 vom Europäischen Menschenegerichtshof verurteilt worden, weil sie 1988 auf Gibraltar drei unbewaffnete Mitglieder der nordirischen Untergrundorganisation IRA erschossen hatte. Ein ehemaliger Mitarbeiter des US-amerikanischen FBI

sagte, die Mitglieder der Sondereinheit seien auch in den USA trainiert worden. Die USA hätten logistische Hilfe geleistet. Mit Spezialflugzeugen, die Infrarotkameras an Bord hatten, haben sie Informationen darüber geliefert, in welchen Zimmern der Residenz sich die Geiseln aufhielten.

Der argentinische Nobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel beschuldigte die peruanischen Spezialkommandos, sie hätten „ein Massaker“ angerichtet „und niemanden der MRTA am Leben gelassen, damit es keine Zeugen gibt, die später aufdecken können, wie die Attacke geführt wurde“. Esquivel beschuldigte den peruanischen Präsidenten Alberto Fujimori, eine „sture Position“ in der Geiselkrise gehabt zu haben. Als „niederträchtig und ungerecht“ bezeichnete die Präsidentin der argentinischen Mütter der Plaza de Mayo, Hebe de Bonafini, das blutige Ende der Geiselkrise.

Hinrichtung auf Befehl

Perus Präsident wollte
»Gefangene« vermeiden

Während Perus Präsident Alberto Fujimori am Mittwoch eine Antwort auf die Frage schuldig blieb, ob er den bewaffneten Eliteeinheiten für die Erstürmung der japanischen Botschafterresidenz in Lima die Anweisung gegeben habe, keine Gefangenen zu machen, kamen nach und nach neue Details über den Tod der MRTA-Rebellen zutage. Unter Berufung auf einige namentlich nicht genannte Geiseln berichtete die japanische Zeitung *Asahi Shimbun* am Donnerstag, einer der Rebellen sei trotz erhobener Hände von den Soldaten getötet worden. »Ich sah ein Gemetzel«, zitierte ihn die Zeitung. Eine andere Geisel sagte laut *Asahi Shimbun*, einer der Rebellen sei von den Soldaten gefangen genommen und abgeführt worden. Als er dann

gehört habe, daß alle Rebellen tot seien, sei er überrascht gewesen. Bei der Erstürmung der Residenz waren alle 14 MRTA-Mitglieder, zehn von ihnen unter 21 Jahren, eine Geisel und zwei Soldaten ums Leben gekommen.

Der argentinische Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel bezeichnete in Buenos Aires die Aktion als ein »Massaker« und sagte, von den Mitgliedern des MRTA-Kommandos sei niemand am Leben gelassen worden, damit es später keine Zeugen für das Vorgehen der Sondereinheiten gebe. Auch die argentinische Menschenrechtsorganisation Mütter der Plaza Mayo, die versucht hatte, zwischen den Parteien zu vermitteln, warf Fujimori »außergerichtliche Hinrichtungen« vor.

Unterdessen erklärte der ehemalige FBI-Agent Bon Taubert dem US-Nachrichtensender CNN, die Mitglieder der peruanischen Sondereinheiten seien in den USA für die Erstürmung der Residenz trainiert worden. Er selbst habe an der Ausbildung der Peruaner teilgenommen.

Über weitere Details über die Vorbereitung des Sturmangriffs berichtete *Asahi Shimbun*: In einer den Geiseln in die Residenz gebrachte Gitarre habe sich ein streichholzgroßes Mikrofon befunden. Weitere Abhörgeräte seien in Nahrungsmitteln und einem Jesus-Bild gewesen. Dies hätte es den peruanischen Polizei- und Militärstrategen ermöglicht, den Tagesablauf in der Botschaft genau zu rekonstruieren. Einige der Geiseln hätten zudem ohne Kenntnis der Rebellen Geräte besessen, mit denen sie Radiokontakt mit der Außenwelt gehabt hätten. Das Abspielen lauter Musik durch peruanische Sicherheitskräfte hätte unter anderem den Zweck gehabt, diese Tatsache zu maskieren.

Kommuniqué Nr. 15 der MRTA kündigt an, Mitglieder anderer, nicht näher bezeichneter lateinamerikanischer revolutionärer Bewegungen würden sich der MRTA in einem »Internationalen Kampf-Block« anschließen, wenn Fujimori die politischen Gefangenen nicht freilasse.

In Berlin wurde bei einem Treffen beschlossen, mit einem eigenen Aufruf zur Solidarität mit MRTA und Abu-Jamal zur Abu-Jamal-Demonstration am Samstag, den 27. April, am Breitscheidplatz zu mobilisieren, um anschließend zur nahegelegenen peruanischen Botschaft zu ziehen.
(AFP/AP/jW)

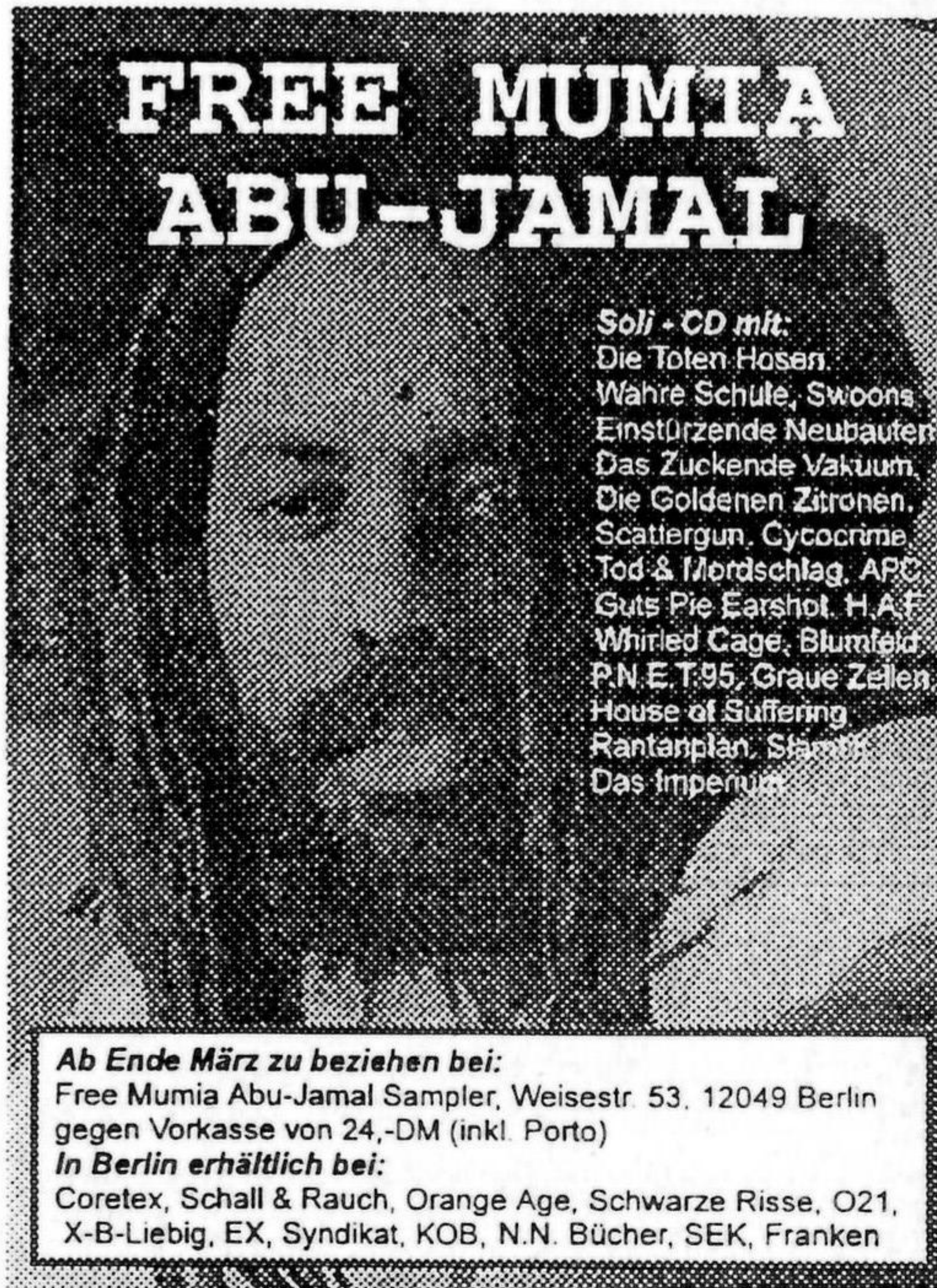
BETRIFFT: Interim-Artikel über Mumia Abu-Jamal in Nr. 417

Wir (die Gruppe, die den Free Mumia Abu-Jamal Sampler gemacht hat), werden uns nicht an Aktionen des 1. Mai-Komitees (O-Platz) beteiligen.

BEGRÜNDUNG: wir lehnen es ab, in irgendeiner Form mit den "RKs" (früher R.I.M.) zusammenzuarbeiten. Normalerweise sind wir froh über jede und jeden, die/der sich für Mumias Überleben & Freilassung engagiert.

Wenn RK/R.I.M., die sich heute in eine 10-jährige Demo-Tradition stellen, wo sie frühere 1.Mai-Demos regelmäßig angegriffen haben, sich für ein wichtiges Thema einsetzt, sollen sie das ohne uns machen. Wir können uns an die Zeit zwischen Ende der 80er bis 95 erinnern, und lehnen auch 97 deren hierarchische und dogmatische Politikansätze ab.

Wir hoffen, daß es der Kampagne zu Mumia's Freilassung nicht schadet und enthalten uns zähneknirschend weiterer Kommentare.



**FREE MUMIA
ABU-JAMAL**

Soli - CD mit:
Die Toten Hosen,
Wahre Schule, Swoons,
Einstürzende Neubauten,
Das Zuckende Vakuum,
Die Goldenen Zitronen,
Scattergun, Cyclocrime,
Tod & Mordschlag, APC,
Guts Die Earshot, H.A.F.,
Whirled Cage, Blumfeld,
P.N.E.T.95, Graue Zellen,
House of Suffering,
Rantarplan, Slamm,
Das Imperium

Ab Ende März zu beziehen bei:
Free Mumia Abu-Jamal Sampler, Weisestr. 53, 12049 Berlin
gegen Vorkasse von 24,-DM (inkl. Porto)
In Berlin erhältlich bei:
Coretex, Schall & Rauch, Orange Age, Schwarze Risse, O21,
X-B-Liebig, EX, Syndikat, KOB, N.N. Bücher, SEK, Franken

LEBEN UND FREIHEIT FÜR MUMIA ABU-JAMAL!!

WEG MIT DER RASSISTISCHEN TODESSTRAFE IN DEN USA UND ANDERSWO!!

Bündnis gegen Rechts

ZUR "HETENDORFER TAGUNGSWOCHE"

FORMATIONEN ÜBER DIE FASCHISTISCHEN GRUPPEN DIE ZUR "HETENDORFER TAGUNGSWOCHE" EINLADEN!

Hier werden jetzt einige Gruppen etwas näher beschrieben die zur „Hetendorfer Tagungswoche“ einladen. Weitere Texte werden folgen. Diese Texte stehen in Verbindung mit unserem Aufruf zur dezentralen Kampagne gegen die 7. „Hetendorfer Tagungswoche“. Wenn Ihr mehr zu der Kampagne, zu den Organisationen oder zu deren Mitgliedern erfahren wollt, schreibt uns.

Bis bald. Bündnis gegen Rechts

FASCHISTISCHE GRUPPEN

„Die Artgemeinschaft

- Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ wurde 1951 von Dr. Phil. Wilhelm Kusserow in Göttingen gegründet. Seit 1957 ist sie ein eingetragener Verein mit Sitz in Berlin. Funktionäre sind **Jürgen Rieger** (Leiter der „Artgemeinschaft“, wohnhaft in **Hamburg**; Faschisten-Anwalt und Multifunktionär im faschistischen Lager), **Imke Thomas** (Stellvertreterin, wohnt in **Neetze/Süttorf**, sie ist außerdem Mitglied im „Heide Heim e.V.“), **Wolfgang Lütkemeyer** (Schatzmeister aus **Erfurt**, ist im „Heideheim e.V.“ und „Heide Heim e.V.“ aktiv), **Margit Killinger** (Schriftführerin, **München**), **Jens-Ulf Handwerk** (seid 1996 ist er für den Buchdienst verantwortlich, er kommt aus **Steinau**), **Sepp Biber** (**Villingen**, er verwaltet das Konto). Die „Artgemeinschaft“ unterteilt sich in regionale „Gefährtschaften“ und unterhält Freundeskreise, z.B. den Freundeskreis Rheinland. Alle Mitglieder der Artgemeinschaft sind automatisch auch Mitglieder im „Familienwerk e.V.“.

Die „Artgemeinschaft“ veranstaltet ein bis zweimal jährlich Gemeinschaftstage, dazu Sommersonnenwendfeiern und Julfeste (Wintersonnenwendfeiern) auf denen rassistische „Feuerreden“ gehalten werden.

Vierteljährlich erscheint als öffentliche Zeitschrift die „Nordische Zeitung“, welche für die Mitglieder eine interne Extrabeilage enthält in der u.a. Einladungen für Veranstaltungen oder für die „Hetendorfer Tagungswoche“ (HTW) abgedruckt sind. Schriftleiter ist Jürgen Rieger. Als Autoren treten z.B. **Dr. Wielant Hopfner** (Iphofen, von 1985 bis 1989 Vorsitzender der „Artgemeinschaft“), **Wolfram zu Mondfeld** (Steindorf/München, Referent der „HTW“), **Karl Hein** (Referent der „HTW“) oder aber auch **Hermann Thiele** (Bremen, Mitglied der „Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft“ DUR, des „Nordischen Ringes“ und der NPD) und **Prof. Richard W. Eichler** (München, ist Mitglied der „Gesellschaft für freie Publizistik“ GfP und der DUR) auf. Außerdem werden regelmäßig Texte von **Ludwig Fahrenkrog** veröffentlicht. Fahrenkrog gründete 1913 die „Germanische Glaubens-Gemeinschaft“, in deren Tradition sich die „Artgemeinschaft“ sieht. Die Zeitung dient hauptsächlich dazu, sich selbst in ihrem „religiösen“ (heidnisch-germanischen) Glauben zu bestärken. Gegenseitig wird sich mit „Naturgesetzen“ eine „Rassenideologie“ und ein absoluter Hass auf alles christliche oder jüdische erklärt.

Weiterhin enthält die Zeitung ständige Rubriken für „Unsere jungen (oder) jüngsten Gefährten“.

Z.B. dieses rassistische Gedicht in dem ersten Heft der 64. Ausgabe von 1996 mit dem Titel „Selbstbehauptung ist wichtig!“

Abschrift: „Der Igel und der Maulwurf. Als der Igel den Winter spürte, bat er den Maulwurf, ihm ein Plätzchen in seiner Höhle einzuräumen, damit er hier gegen die Kälte geschützt sei. Der Maulwurf war damit zufrieden, doch kaum hatte der Igel Einlaß erhalten, so machte er es sich bequem, und sein Wirt stach sich alle Augenblicke, bald hier, bald da, an den Stacheln des neuen Gastes. Jetzt erst erkannte der arme Maulwurf seine Übereilung. Er schwur hoch und teuer, daß ihm dies unerträglich sei, und bat den Igel, wieder hinauszugehen, weil seine kleine Wohnung unmöglich sie beide fassen könne. Aber der Igel lachte und sprach: 'Wem es hier nicht gefällt, der weiche! Ich für meine Person bin wohl zufrieden und bleibe!'“ **August Gottlieb Meißner**

Ist wohl klar was hier gemeint ist. Der Igel soll die MigrantInnen darstellen, die die 'armen Deutschen' (der Maulwurf) aus ihrem eigenen Land vertreiben. So werden schon Kinder mit rassistischen Wertvorstellungen und Weltansichten indoktriniert. Sie machen damit die gleiche Arbeit wie die „Wiking Jugend“ WJ. Beide erziehen schon kleine Kinder zu wehrtüchtigen Männern oder gebärfreudigen Frauen und kriegen dazu noch den passenden heidnisch-germanischen Glauben.

Nach der Absetzung Kusserows 1980 und seiner Ersetzung durch **Guido Lauenstein** (Fallingbostal) trat eine deutliche Radikalisierung der Gruppe ein. Heute reicht die Bandbreite der Mitglieder von militanten Neofaschisten wie **Wolfram Nahrath** (Berlin, Bundesführer der WJ, Mitglied der FAP und der „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen“ BKP)) bis hin zu Vertretern der sog. „Neuen Rechten“ wie **Pierre Krebs** (Kassel, Leiter des „Thule Seminares e.V.“).

Die „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“ GfbAEV wurde 1972 als Nachfolgeorganisation der „Deutschen Gesellschaft für Erbgesundheitspflege“ gegründet. Sie knüpft mit ihrem Rassismus direkt bei Naziideologen, wie z.B. H.F.G. Günther an. Seit 1973 gibt die GfbAEV die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Neue Anthropologie - Erbe und Verantwortung“ heraus, in welcher pseudowissenschaftlich begründeter Rassismus propagiert wird. Der erste Vorsitzende der Gesellschaft ist, der über die Grenzen der BRD hinaus bekannte Faschistenanwalt Jürgen Rieger aus Hamburg.

Ihre Ziele sind die „allseitige Förderung der Fortpflanzung erbgesunder, begabter und schöpferischer Menschen, die weitgehende Einschränkung der Vermehrung Schwachsinniger und Asozialer, sowie die gänzliche Verhinderung der Fortpflanzung minderwertig Erbkranker und rückfälliger Schwerverbrecher“. Die GfbAEV erklärte außerdem, daß sich die BRD immer mehr zu einem „Volk ohne Raum“ entwickle, und daß der „Rückgang der deutschen Bevölkerung“, sowie der „Zuzug von Ausländern“ zur „Auflösung des Volkskörpers“ führe, da „eine Integration der Fremdlinge weder möglich noch wünschenswert sei“. Um die „spezifischen Charakteristiken der verschiedenen Rassen“ zu erhalten, muß die „Reinhaltung“ gewährleistet werden, um zu verhindern, daß sich die „Kriminalität und Dummheit niedriger Rassen, mit dem Edlen der nordischen“ vermischen kann.

Die GfbAEV ist aufgrund von Doppelmitgliedschaften eng mit anderen, pseudoreligiösen Rassistenvereinigungen verbunden. So ist z.B. Dr. Wielant Hopfner aus Iphofen nicht nur Funktionär der GfbAEV, sondern auch langjähriger 2. Vorsitzender des „Nordischen Rings“, Autor in der „Nordischen Zeitung“ und ehemaliges Mitglied der Wiking Jugend. Auch Dr. Helmut Malitz, Mitglied des „Nordischen Rings“ aus Bad Nenndorf ist neben seiner Autorentätigkeit für die „Neue Anthropologie“ zum Kassenprüfer des Heide-Heim e.V. Hamburg gewählt worden. Im „wissenschaftlichen Beirat“ der GfbAEV finden sich eine Reihe von Doktoren und Professoren wieder, um den Deckmantel der Seriösität nach außen zu wahren. Mit ihrer Hilfe wird versucht Einfluß auf Lehrer und Universitätsprofessoren zu erlangen. Zu diesem Beirat gehören u.a. Dr. Hubertus Brockmann aus Düsseldorf, Dr. Wolfgang Grüger aus Holzwickede, Dr. Bernhard Steidls aus Bonn und Prof. Dr. Helmut Mommsen aus Frankfurt am Main. Letzterer ist außerdem Funktionär im „Weltbund zum Schutz des Lebens BRD e.V.“

Der „Heinrich-Anacker-Kreis e.V.“ HAK wurde am 30.07.1978 in Hamburg gegründet. Sein Vereinszweck ist im wesentlichen dem Wirken des völkischen Dichters Heinrich Anacker gewidmet. Der mittlerweile verstorbene Heinrich Anacker galt während des Nationalsozialismus als ein bedeutender Dichter („Kunstpreis der Nationen“ 1936). Im faschistischen Eroberungskrieg diente er als Frontberichterstatter und Kriegspropagandist. Der HAK will laut einer Selbstdarstellung „... das Werk des Dichters sich erstellen, es sammeln und der Forschung erschließen“. In diesem Sinne veranstaltet der HAK regelmäßig sogenannte „Dichtertage“, insbesondere die traditionellen „Heinrich Anacker-Gedenkveranstaltungen“. So wurde beispielsweise am 29.01.1981 eine feierliche Hauptversammlung anlässlich des 80. Geburtstages des Nazidichters durchgeführt. Festredner war dabei Reinhard Pozorny (gestorben) und Hans-Michael Fiedler aus Adelebsen, stellvertretender, niedersächsischer Landesvorsitzender der NPD und Anti Antifa-Aktivist, der auch Mitglied im HAK ist. Er las aus eigenen Werken. Vom 11.-13.08.1989 veranstaltete der HAK zusammen mit dem „Freundeskreis Filmkunst“ (FFK) und der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) den sogenannten „Hetendorfer Dichtertag“. Seit 1991 gehört der HAK zu den veranstaltenden Organisationen der alljährlich stattfindenden „Hetendorfer Tagungswochen“.

Die publizistischen Tätigkeiten des HAK beschränken sich auf die Herausgabe von mit Anacker-Gedichten bedruckten Postkarten.

Die 1. Vorsitzende des HAK ist die Hamburger Faschistin Gertrud Herr. Sie ist außerdem Mitglied der „Stillen Hilfe“ und war in den 70er Jahren als Geschäftsführerin der GfbAEV tätig. Im FFK fungierte Gertrud Herr als Kassenprüferin. Neben ihrer Multifunktion in den genannten faschistischen Organisationen schönt sie, eine ehemalige Führerin im „Bund deutscher Mädel“ (BdM), mit ideologisch gefärbten Geschichten die Zeit des deutschen Faschismus. So brachte sie 1986 ihr Lebenswerk unter dem Titel: „Inhaltliche Jahre. Aus dem Leben einer BdM-Führerin 1930-1945“ heraus. Über dieses Werk durfte sie dann auch bei der 5. „Hetendorfer Tagungswoche“ (17.-25.06.1995) referieren. Ein weiteres prominentes Gründungsmitglied des HAK ist der Hamburger Nazianwalt und faschistische Multifunktionär Jürgen Rieger.

Zu der Faschistenband "Death in June"

Im Mai will die englische Darkwaveband "Death in June" durch Deutschland touren. Wo und wann konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden, was bekannt ist das sie in Hamburg, Bochum und Berlin spielen werden.

Der Bandname bezieht sich auf den Todesmonat des SA-Führes Ernst Röhm. Als Bandsymbol verwenden sie den SS-Totenkopf. Auf ihrer LP "Brown Book" veröffentlichten sie das Horst -Wessel-Lied. Der Kopf der Band Douglas Pearce distanziert sich zwar dauernd vom Nationalsozialismus, aber in den Interviews finden sich mehr als eindeutige Aussagen. Auf die Frage was sie über die faschistischen Prgrome in Hoyerswerda denken antworteten sie: ... hast du jemals Tür an Tür mit Zigeunern gelebt?,... ich kann den Groll, der in Ostdeutschland zum Vorschein kommt gut verstehen. Aber wenn die Zigeuner zu Tausenden nach England kommen, würden wie auch so reagieren. In dem rechtsextremen Blatt "Europakreuz" bekunden sie ihre Sympathie für die kroatische HOS-Miliz (die Anlaufstelle für neonazistische Söldner im Jugoslawienkrieg). Mittlerweile hat auch die "Junge Freiheit" gefallen an der Band gefunden, in den letzten Wochen veröffentlichten sie zwei größere Interviews.

Achtet auf Ankündigungen!!
Überlegt euch etwas!!
Greift ein!!
Kein Platz für Faschisten!!!

Nazi bei der Polizeireserve

Berlin: Hakenkreuz auf dem Koppelschloß

Die Berliner Polizei verhindert nach wie vor nicht, daß Rechtsextremisten Mitglieder ihrer Freiwilligen Reserve sind. Wie erst jetzt bekannt wurde, fiel bei einer Personenkontrolle im März ein 23jähriger Marzahner auf, der bis November Angehöriger der Freiwilligen Polizeireserve (FPR) gewesen war und ein Koppelschloß der Wehrmacht mit Reichsadler und Hakenkreuz trug.

Polizisten waren die verfassungsfeindlichen Symbole bei dem Hooligan aufgefallen, als

dieser ein Fußballspiel besuchte, berichtete der *Tagesspiegel* am Donnerstag. Als sie ihn kontrollierten, stießen sie auf dessen FPR-Ausweis. Der Marzahner war dort jedoch bereits vier Monate zuvor entlassen worden – aber nicht, weil er der extremen Rechten angehört, sondern, weil er nicht an vorgeschriebenen Schulungen, zum Beispiel Schießausbildungen, teilgenommen hatte. Den Dienstausweis abzugeben, hatte der Nazi »vergessen«.

Zur Zeit ist die „Artgemeinschaft“ mit ca. 400 - 500 Mitgliedern die größte Sekte in der BRD, die versucht, einen der „nordischen Rasse“ angemessenen Glauben, der auf der Ungleichheit der Menschen beruht, zu propagieren. Sie erfüllt eine wichtige ideologische Funktion innerhalb des neofaschistischen Lagers, da sie Denkansätze der „Neuen Rechten“ mit Nazi-Nostalgie verknüpft.

Die programmatischen Grundlagen der „Artgemeinschaft“ sind das „Sittengesetz“ (Zitat: „19. Das Sittengesetz in uns gebietet gleichgeartete Gattenwahl, die Gewähr für gleichgeartete Kinder.“ und das „Artbekenntnis“. Hauptpunkt ist in beiden die „eigene Art“, die auf einer germanischen (oder arischen) Rassenideologie beruht.

Hier noch einige Beispiele aus der nicht so offen faschistisch auftretenden „Nordischen Zeitung:

Rassenideologie - „Da bei den in Mitteleuropa lebenden Germanen infolge der unterbliebenen Vermischung mit anderen Elementen Rasse und Geisteshaltung ziemlich rein bewahrt wurden...“

„In ihrer ideologischen Verbortheit können sie nicht begreifen, daß jede multikulturelle Gesellschaft eine multikriminelle Gesellschaft sein muß.“

Antisemitismus wird grundsätzlich in der „Nordischen Zeitung“ vertreten: „Wer die Kriege der größten christlich-jüdischen Nation, der USA ...“, „...und wenn wir daran denken, daß das geistige Klima in diesem Staat noch immer christlich-jüdisch(...)beherrscht wird...“.

Propagierung einer patriarchalen Gesellschaftsform als Naturgesetz: „Der starke Zusammenhalt der Sippe spiegelt sich in der allbeherrschenden Stellung des Vaters“ . „Der germanische Vater ist Herr über Leben und Tod seiner Kinder...“, „Rechtlich war der Mann auch 'Herr' über die Frau“.

Die „Artgemeinschaft“ dient aufgrund ihrer starken personellen Verflechtungen für Teile der organisierten Faschisten als Platz für ideologischen Austausch und als Kontaktbörse. Sie wirkt für weite Bereiche des Rechten Lagers mit ihrer Pseudoreligion sinnstiftend und schafft einen ideologischen Überbau. Sie ist nach eigenen Aussagen kein „Schönwetterverein, der „friedlich, fröhlich und betulich bei Kaffee und Kuchen von der Vergangenheit schwärmt (...). Die Artgemeinschaft ist gezwungen worden, ein Kampfverband zu sein, der um die Möglichkeiten einer artgemäßen Lebensführung kämpfen muß“. Dies konnten wir bei der letzten „Hetendorfer Tagungswoche“ beobachten.

Der „Nordische Ring“

wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bredstedt (bei Hamburg). In Schleswig-Holstein hat er seinen stärksten Anhang. Die Zeitung dieser Organisation ist die „Nordische Zukunft“, welche seit 1974 vierteljährlich erscheint. Der Schriftleiter ist der Multifunktionär **Jürgen Rieger (Hamburg)**, der auch gleichzeitig der stellvertretende Vorsitzende des „Nordischen Ring“ ist. Als Autor ist **Dieter Vollmer (Schleswig)** zu erwähnen.

Vollmer, ehemaliger Verlagssekretär des rechten Grabert Verlag, ist Träger des „Schlesischen Kulturpreises der Jugend“ des „Studentenbund Schlesien“ und Autor in den „Unitarischen Blättern“ der „Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft“ (DUR). Von 1990 - 1992 hatte er den Vereinsvorsitz des „Nordischen Ring“ inne. Seit 1993 führt die Rentnerin Maria Thöle aus **Hamburg** diese Organisation.

Der „Nordische Ring“ vertritt einen unverhohlenen Rassismus, propagiert Rasse als Lebensgesetz und greift direkt die Ideologie und Rassenkunde des Nationalsozialismus auf. In einer Eigendarstellung unter dem Titel „Wir wollen uns Ihnen vorstellen“ liest sich das so: „Jede ethnische Gruppe dieser Erde kann sich am besten in ihrem eigenen Lebensraum entfalten. In Jahrtausenden haben sich Rassen und Unterarten verschiedenen Räumen angepasst. Es wäre ein Rückschritt, diese Entwicklung durch Vermischung wieder aufzuheben. Das müßte zu schweren Konflikten führen, den Einzelnen seelisch zerreißen, die betroffenen Völker nicht minder. Die zunehmende Überfremdung verändert nicht nur das äußere Erscheinungsbild eines Volkes, sondern auch seinen Charakter.“ „Der Nordische Ring verfehlt die Einheit der nordeuropäischen Völker, da anthropologisch (...) die Nordische Rasse den gemeinsamen Kern unserer Völker bilde“.

Der Verein ist eng verflochten mit anderen neuheidnischen-rassistischen Organisationen, wie der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ und der „Artgemeinschaft“. Darüber hinaus ist er, als einer der drei Trägervereine, Mitglied im Verein „Heide-Heim“. Letzterer ist der Besitzer des Hetendorfer Nazizentrums.

Quellen: die antifaschistischen Zeitungen „Der Rechte Rand“, „Blick nach Rechts“, „Antifaschistische Nachrichten“, verschiedene Nachschlagewerke über Faschisten und ihre Organisationen, Vereinsprotokolle der einzeln aufgeführten Organisationen.

B-KE 48...	Opel Vectra, crom	Kbg.	4/97	
B-KL 197(157)	Opel Omega, d. blau	Mitte	4/95	
B-KX 953 (935)	Opel Vectra 1.8i, crombeige		8/95	
B-L 5697	VW Passat CL, d. rot	City	6/94	
B-LC 214	Opel Rekord 1.8., blau	Wd.	1/95	
B-LP 478	Benz Kombi, met. grün	Kbg.	7/93	Polit.
B-LU 526	Ford Scorpio, d. blau		4/97	Polit.
B-M 6357	VW Jetta, weiß	Mitte	7/93	Polit.
B-M 8714	Opel Omega	Kbg.	7/93	Polit.
B-MB 651	Opel Astra, d. grün	F'hain	4/97	
B-ML 195	Opel Kombi, d. grau	Kbg.	10/93	
B-MU 214	VW Golf GL, d. blau	Mitte	2/97	
B-N 2397	Opel Vectra, d. blau	N'köln	12/93	
B-N 6908	Ford, blau		11/93	
B-N 8425	VW Passat CL, weinrot	Kbg.	8/95	
B-NE 3227	Opel Vectra, d. rot		1/94	
B-NJ 1615	Opel Vectra, silber	Kbg.	12/94	
B-NJ 206	Opel Vectra, met. grau		12/95	
B-NJ 5707	VW Passat, rot	Kbg.	4/97	Polit
B-NL 9407	Opel Vectra, met. blau	Kbg./N'köln	2/94	
B-NN 1682	Audi 100, hell	Mitte	11/93	Polit.
B-NR 7342	VW Passat Kombi	Mitte	1/94	
B-P 8563	VW Passat, weinrot		7/94	
B-P 9852	VW Passat CL, rot	Kbg.	9/95	
B-PA 428	Opel Vectra, weiß	Kbg./S'berg	4/94	
B-PE 5180	Audi, d. grün	Kbg.	1/94	
B-PN 438	VW Passat, beige		2/96	
B-PU 825	Opel Rekord, met. grün	City	1/94	
B-R 3124	VW Golf, beige	Kbg.	4/94	(seit '89)
B-RL 789	VW Golf, beige	Kbg.	5/92	
B-RU 254	VW Bulli, blau	Kbg.	2/94	OG SO 36
B-SE 364	VW Golf CL Kombi, met. blau	Kbg.	4/97	OG SO 36
B-SK 264	Opel Vectra, d. blau	Kbg./N'köln	2/94	
B-SM 699	Opel Rekord, beige	Kbg.	8/92	
B-SV 231	VW Bulli, grau	City	1/94	
B-T 2041	Ford Scorpio, met. blau	Mitte	2/94	
B-T 3621	Ford, Limosine, dunkel		8/93	
B-T 9104	VW Jetta, rot	Kbg.	2/96	
B-TH 482	VW Passat Kombi, d. rot	Kbg.	1/95	
B-TK 482	VW Passat Kombi, d. rot	Kbg.	12/93	(seit '90)
B-TN 761	Opel Omega Kombi, silber	Kbg.	3/97	OG SO 36
B-TW 353	Audi 80, alt, grün	Kbg./N'köln	9/93	Polit.
B-U 1723	VW Vento, rot	City	4/94	
B-U 3913	Ford Scorpio, d. blau	Mitte	4/97	BGS?
B-U 4132	VW Passat, alt, d. rot	Kbg.	8/94	
B-UA 238	Opel Vectra, rot	Mitte	8/94	
B-UC 150	Opel Rekord 1.8.i, blau	Mitte/City	5/94	
B-UH 365	VW Passat CL, weinrot	Kbg.	2/97	
B-UK 410	Opel Ascona, d. grün	Mitte	7/92	
B-UR 840	VW Passat, d. blau	Kbg.	4/97	
B-UT 210	Opel Vectra, d. blau	Kbg./N'köln	1/94	
B-VD 813	VW Jetta, d. blau	Kbg.	3/94	
B-VL 176	Opel Rekord, blau	N'köln	1/94	
B-WL 645	VW Bulli, gold	Kbg.	7/93	Polit.
B-WX 740	VW Bulli, d. rot	Kbg.	4/94	(seit '90)
B-X 6903	Opel Vectra, crom		3/96	
B-X 9217	Opel Vectra, crom	Kbg.	2/97	
B-XE 537	VW Passat CL, crombraun	Mitte	4/97	
B-XM 817	VW Passat	Kbg.	2/94	OG SO 36
B-XU 827	VW Passat, d. grün	Kbg.	9/94	OG SO 36
B-XV 827	Opel Vectra, d. blau	Kbg.	8/94	OG SO 36
B-Z 3549	VW Golf, d. blau	Kbg.	11/93	
B-ZC 749	Ford Scorpio, met. blau	Kbg./N'köln	3/94	
B-ZE 903	Audi 100, d. braun		11/93	
B-ZR 560	VW Jetta, d. blau (rot)	Kbg.	6/94	(seit '90)
B-ZT 917	VW Jetta, met. grün	Kbg./Mitte	8/93	MEK (seit '90)
B-ZW 980	VW Jetta, d. blau	City	1/94	
B-ZX 140	VW Passat, grau	Kbg.	10/93	

Gegen Zivi- und Bullenterror vorgehen!

Heraus zum revolutionären 1. Mai 1997!

Naziaufmarsch verhindern – Antifa heißt Angriff!



Pünktlich vor dem 1. Mai: Einschüchterungsversuch in Berlin Staatsschutz oder Spinner?

Am Mittwoch, den 16. April schellte es bei mir morgens gegen 7 Sturm. Eine mir völlig unbekannter Mann stand vor meiner Wohnungstür. Auf die Frage, was denn los wäre bekam ich als Antwort: "Ich habe Streß mit der Polizei. Die wollten mich schlagen. Die suchen mich jetzt." Er sagte weiter, ich sollte ihn unbedingt und ganz dringend reinlassen. Nachdem ich den Typen nicht mal vom Sehen kannte, antwortete ich: "Damit könnte ja jeder kommen" und machte die Tür wieder zu. Der Typ setzte sich daraufhin ins Treppenhaus und versuchte es nach 10 Minuten nochmal. Als ich ihm daraufhin ankündigte, die Bullen zu rufen, wenn er mich weiter belästigt, verschwand er.

Es mag sein, daß es lediglich ein Idiot war, der andere Gründe dafür hatte. Eine Reihe von Merkwürdigkeiten sprechen dafür, daß es sich um eine versuchte Bullen-Anquatsche handelte.

Ich kannte ihn nicht mal vom sehen. Es ist absolut ausgeschlossen, daß es jemand aus der Szene war, der meine Adresse kennt. Der Text, den er von sich gab, wirkte auf mich wie einstudiert. Und jetzt im Nachhinein kommt mir seine "Angst" auch eher wie Lampenfieber vor.

Er verhielt sich absolut nicht wie jemand, der tatsächlich von den Bullen gesucht wird: Dann geht man nicht in irgendein Mietshaus, klingelt Sturm an irgendeiner Wohnung, der man von außen nicht ansieht, daß da jemand aus der linken Szene wohnt, und platzt auch nicht als erstes mit dem Satz heraus, man hätte die Polizei auf den Fersen. Und vor allem wartet man nach einer Absage nicht und versucht's noch ein zweites Mal. Dennoch hat er es gezielt und ziemlich hartnäckig ausschließlich bei mir versucht. Außerdem ist er erstmal an mehreren anderen Wohnungen vorbeigegangen, ohne dort zu läuten.

Die Uhrzeit 7 Uhr morgens. Um die Zeit hat der Anquatscher den Überraschungseffekt auf seiner Seite und hat sein Gegenüber schläfrig erwischt. In wachem Zustand hätte ich ihn vielleicht gefragt, wie er ins Haus gekommen ist, wie er gerade auf mich kommt, wie er heißt, hätte irgendwann nach der Kamera gekramt etc.

Zum einen sind solche Aktionen Einschüchterungsversuche, um zu zeigen: Du stehst in unseren Archiven. Aber es ist zu befürchten, daß diese Masche auch manchmal zieht. Mit einem simplen Sympathietrick wird der erste Kontakt ganz unverfänglich hergestellt. Hat man die Bullerei erst mal in der eigenen Wohnung, ist die erste Hemmschwelle überwunden und der Besucher wird sich schon bei ner Tasse Kaffee die Gesprächsthemen suchen, die ihn interessieren. Outet er sich dann mal, ist es vielleicht nicht so leicht, ihn vor die Türe zu setzen.

Seid vorsichtig bei solchen Methoden! Sie scheinen zwar simpel zu sein, aber aus Fällen wie der Spitzelin in einer Antifagruppe im letzten Jahr (damals antwortete der VS auf Stellensuche-Kleinanzeigen) ist bekannt, daß gerade die besonders dummdreisten Methoden der Staatsschützer manchmal Erfolg haben.

**Laßt die Staatsschützer abblitzen!
Keine Aussagen bei Bullen, Geheimdiensten und Justiz!
Laßt Euch nicht einschüchtern! Anna und Arhur halten's Maul!**

Eine Person aus der Berliner Szene

Die Kriminalität und die Linken aller Lager

Landowsky in Kreuzberg: Er bleibt beim „Gesindel“, und in Bezirksämtern sieht er „Sabotage“

VON CAY DOBBERKE

KREUZBERG. Die legendäre politische Arbeitsteilung zwischen dem Regierenden Bürgermeister und dem CDU-Fraktionschef – hier der ausgleichende Typ, dort der Wadenbeißer – nimmt letzterer gerne mal auf die Schippe. „Eberhard Diepgen ist für alle da. Ich für die meisten“, scherzt Klaus-Rüdiger Landowsky am Mittwochabend vor rund 150 Zuhörern in einem Kreuzberger Lokal an der Friedrichstraße. Und natürlich fürchtet sich ein Mann wie er nicht davor, in den „schwierigen Bezirk“ Kreuzberg zu kommen. Wer davor Angst habe, „muß aus der Politik austreten“; außerdem habe er in seiner Studentenzeit selber im Kiez gewohnt, fügt er hinzu.

Der CDU-Ortsverband Oranienplatz hatte Landowsky eingeladen, um mit Parteimitgliedern und Kreuzberger Bürgern zu diskutieren. Zu diskutieren? Landowsky hat mehr

Lust zu referieren. Und so dauert schon seine Eingangsrede statt „bis zu 30 Minuten“ eine Dreiviertelstunde – eine politische Tour d'Horizon durch die Landes- und Bundespolitik. „Unser Strafvollzug ist doch ein Erlebnisvollzug“, ärgert sich der Christdemokrat und verteidigt dann gleich auch seine scharf kritisierte „Gesindel“-Rede im Abgeordnetenhaus. Rauschgiftdealer, die Russenmafia oder die vietnamesischen Zigarettenbanden seien ja wohl „Gesindel“, das es zu bekämpfen gelte; wie sonst solle man solche Leute nennen, fragt er die „lieben Freunde“ und erntet reichlich Beifall.

Kaum weniger gefährlich als die Kriminalität erscheint Landowsky, was sich in der Landespolitik zusammenbraue – nämlich ein Pakt oder gar eine Koalition von SPD,

Grünen und PDS. „Ich habe Sorge, daß der Damm bricht.“ Vor allem die PDS unternehme alles, um zu ihrem Vorteil den „sozialen Frieden zu zerstören“; in vielen Bezirksämtern werde „böswillige Politik“ und „Sabotage am Wohlstand“ betrieben. Wen und was

genau er damit meint, läßt Landowsky freilich offen – wie so vieles an diesem Abend. Konkretes ist ihm nicht zu entlocken: Als ein CDU-Bezirksverord-

**Konkretes ist ihm
aber nicht zu
entlocken**

neter ihn bittet, sich auf Landesebene für die Räumung der Wagenburg „Kreuzdorf“ am Mariannenplatz einzusetzen, spricht Landowsky fünf Minuten lang über Kriminalität und vergißt die eigentlich gewünschte Antwort. Ob er auch den Doppelnamen der SPD-Finanzsenatorin vergessen hat? Ein Dutzend Mal kritisiert er die Haushaltspolitik einer gewissen „Frau Fugmann“.

DER TAGESSPIEGEL

25. APRIL 1997

In der Ausgabe vom 3. April 1997 wurde das Flugblatt "Der Polizeipräsident in Berlin" -betreff: Häuserräumungen..." nur unvollständig abgedruckt, was heißt: die Rückseite wurde nicht veröffentlicht. Das könnte besonders bei diesem Flugblatt zu Mißverständnissen führen und ermöglicht nur einen Einblick in die Aktion. Denn obwohl die dort aufgeführten Infos jediglich aus einem Interview und dem "Daily terror" übernommen worden sind, würde das Flugl seinen Sinn ohne sie nicht erfüllen.

Dazu eine kurze Stellungnahme zum Flugl: *****

Unsere Absicht war es durch den Polizeipräsidenten als Adressaten zum einem die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen und zum anderen durch provokativen Inhalt; Wut und Erregung über die herrschende Hauptstadtpolitik zu erzeugen, die momentan jegliche alternative Lebensformen zerstören will und soziale Mittel immer mehr gekürzt werden für den stetig wachsenden Wohlstand der Reichen und Wirtschaft-Machtinteresse der BRD.

Um deutlich zu machen: daß dieser Brief durchaus real sein könnte, wo diese Politik hinführen soll haben wir obengenannte Interviewausschnitte auf der Rückseite aufgeführt.

Die Zusammenfassung der Räumungen aus dem "Daily terror" soll wieder einmal klarstellen, welche Mittel hier von Berliner Senat und Polizei ergriffen werden, um alternative Lebensräume und linke Strukturen zu zerstören.

Wenn ihr über Aktionen informieren wollt, dann macht dies doch bitte in nächster Zeit korrekt, nämlich so, wie sie von den jeweiligen Menschen selbst dargestellt wurde und sortiert nicht aus, was ihr selbst daran erwähnenswert findet.

Gemeinsam gegen Sozialabbau & Hauptstadtwahnsinn Erhalt alternativer Lebens- & Freiräume

Mut zur Phantasie gegen die herrschende Macht

Lebenslust statt Lebensfrust & Gemeinsam sind wir stark



Erklärung der FrauenLesbenInfogruppe zum Verlassen des FrauenLesbenTages im Info- und Buchladen Schwarzmarkt

Der FrauenLesbenTag im Schwarzmarkt hat ca. 7 Jahre lang existiert. Der Donnerstag war ein Freiraum für Mädchen und FrauenLesben im gemischten Infoladen. Darüber hinaus gibt es weiterhin den FrauenLesbenRaum, der jeden Tag zu den gemischten Ladenöffnungszeiten zugänglich ist. Der FrauenLesbenTag hatte sich zu einem Infostrukturpunkt entwickelt. Immer wieder kamen FrauenLesben zu uns, die (noch) nicht in der FrauenLesbenSzene verankert waren. Der FrauenLesbenTag war außerdem Anlaufstelle für FrauenLesben aus anderen Städten.

ABER:

Trotz eigenständiger Organisation war der FrauenLesbenTag in eine gemischte Struktur eingebunden. Auch wenn wir immer wieder gute, solidarische und vorwärtsbringende Diskussionen mit den Frauen aus den gemischten Ladenschichten hatten, bleibt der Schwarzmarkt männlich dominiert. Immer wieder wurden wir mit Sexismus in Plakaten, Flugblätter, Broschüren und dem sexistischen Verhalten einzelner Männer konfrontiert. Insbesondere die Arranca Nr. 8 („Sexualität“) und die nachfolgende Debatte in der Interim haben bei uns den letzten Nerv getroffen. Unsere Bereitschaft, uns immer wieder mit derselben Scheiße auseinanderzusetzen ist gen Null gesunken!

Trotz unserer Entscheidung fühlen wir uns weiterhin FrauenLesben verbunden, die sich Orte in der gemischten Szene erkämpfen und für andere FrauenLesben zugänglich machen.

Wir finden eigene Räumlichkeiten zur Organisation von linksradikalem FrauenLesben-Widerstand wichtiger denn je, aber zur Zeit scheint diese Notwendigkeit für uns nicht realisierbar.

Eine ausführliche Erklärung der FrauenLesbenInfogruppe wird ausschließlich in FrauenLesbenRäumen zu finden sein (FrauenLesbenRaum im Schwarzmarkt, HamburgerFrauen-Zeitung, Amazora, FrauenBuchladen,...), da wir die Organisierungsdiskussion nur mit FrauenLesben führen werden.

OPEN UP!

SOLIDARITÄT STATT EU DEMONSTRATION von Vaals (NL) nach Aachen (D)

Über Grenzen reden die EU-Verantwortlichen viel. Weniger aber reden sie davon, was genau mit diesen Grenzen passiert und wie unterschiedlich sie gehandhabt werden. So gilt die Öffnung der Grenzen hauptsächlich Kapitalströmen. Für Menschen aber, vornehmlich aus nicht EU-Staaten, werden die Grenzen nicht geöffnet. Zusätzlich finden sie sich in Bahnhöfen, Flughäfen und Gemeindeinstanzen. Polizei und Justiz dagegen gehen ungehindert über alle Grenzen hinweg. So weit sogar, daß das »Öffnen der Grenzen« umgesetzt wurde in deutsches »Öffnen« von niederländischen Türen...

EUropa

Der Begriff »Grenze« wird von der EU flexibel angepaßt an die jeweils zu erreichenden Ziele. So werden für die Kapitalströme alle Grenzen aufgehoben, nicht nur innerhalb auch außerhalb der EU. Reiche und mächtige Unternehmen können so von einem auf den anderen Tag ganze Fabriken schließen und an Orten mit billigerer Arbeit oder lockereren Umweltgesetzen wieder öffnen. Gleichzeitig legen die EU-Mitgliedsstaaten sich selbst strikte Grenzen auf, die von ihnen erfundenen »Euro-Kriterien«, die von ihnen zu einer Art »Naturgesetz« hochstilisiert werden. Sozial- und Umweltpolitik werden diesen Kriterien geopfert, und Politik im allgemeinen wird zu einem Prozentenspielchen gemacht, ohne jeden Raum für andere Ideen für eine menschenwürdige Zukunft. Radikale Alternativen werden ins »Undenkbare« befördert.

Als Folge dieser Politik sind innerhalb der EU 20 Millionen Menschen offiziell erwerbslos, 50 Millionen leben in Armut. Der Abbau der Sozialstaatlichkeit grenzt immer weitere Teile der Bevölkerung aus; die Aufsplitterung der Gesellschaft wird durch immer mehr Kontrolle aufgefangen. Für die Opfer dieser Politik, Erwerbslose, SozialhilfeempfängerInnen, bleibt manchmal nichts anderes, als zu HelferInnen des Systems gemacht zu werden - als staatliche KontrolleureInnen oder Putzkräfte in öffentlichen Anlagen.

Gegen die 3. Säule der EU

Für die Menschen, die keinen EU-Pass besitzen, werden die Grenzen immer schärfer gezogen. Nicht nur an sog. »Außengrenzen« der Festung Europa wird eine militärische Abschreckungsmaschinerie aufgebaut. Auch in Flughäfen und auf Meeren außerhalb der EU wird schon patrouilliert. Es wird alles getan, zu verhindern, daß Menschen nach EUropa flüchten. Nicht durch eine gerechtere Verteilung des Reichtums, sondern durch militärisch-diplomatisches Eingreifen.

Innerhalb der EU werden die Grenzen an anderen Orten aufgebaut. Sie finden sich in Bahnhöfen, in Innenstädten und innerhalb der Bürokratie. Razzien, Illegalisierung und menschenverachtende Arbeits-, Wohn- und Gesundheitsbedingungen breiten sich aus. So findet eine lebensgefährliche Ausschließung von sozialer und medizinischer Versorgung statt.

Um diese Pläne durchzusetzen, werden die Grenzen der sogenannten »Inneren Sicherheit« immer weiter ausgedehnt und Justiz- und Polizeibefugnisse weiter ausgebaut. Datenbanken, Computer und Kameras erlauben eine immer lückenlosere Erfassung, eine großeuropäische Überwachungsgesellschaft, die jeden Bruch mit der Norm gnadenlos aufspüren soll.

Deutsche Polizei vor niederländischen Türen

Mit den zur Zeit in Arbeit befindlichen neuen Auslieferungsabkommen, versuchen sich die EU-StrategInnen auf eine neue Ebene zu stellen. Jede in einem EU-Staat begangene angeblich strafbare Handlung, soll in jedem anderen EU-Staat verfolgbar sein, auch wenn diese Handlung in dem jeweiligen Staat völlig legal ist. In diesem Stil durchsuchte deutsche politische Polizei, eifrig unterstützt durch die niederländische Justiz, die Wohnung eines spanischen Staatsangehörigen in Vaals (NL).

Grundlage dieser Durchsuchung war die vermutete Mitarbeit an der deutschen linken Zeitschrift »radikal«. Diese Zeitschrift ist nur in Deutschland verboten und wird seit über zwei Jahren unter dem berüchtigten »Anti-Terror-Paragraphen«, dem § 129 Strafgesetzbuch, verfolgt. Erstmals in der Geschichte versucht die deutsche Justiz, die vermeintliche Redaktion einer Zeitschrift als kriminelle Vereinigung zu behandeln und breitet diesen Versuch auch in die Niederlande aus.

Als in den 80er Jahren ein Redaktionsmitglied dieser Zeitschrift in die Niederlande flüchtete, urteilten die Niederlande noch, daß diese Verfolgung ausschließlich politisch begründet war. 10 Jahre später wird bedenkenlos mitgespielt, sogar ohne zu fragen, ob dieses Verhalten überhaupt legal ist. Ein Vorausblick auf kommende Zeiten...?!

24. Mai 1997, 12.00 Uhr. Vaals, von Clermont Plein

- Es gibt keine ungesetzlichen Menschen, nur unmenschliche Gesetze
- Offene Grenzen für alle
- Nur gemeinsam können wir die EU kippen
- Einstellung aller »radikal«-Verfahren

St. Assata Info & Aktie Centrum Nijmegen • 13.6.-Soligruppen Bremen, Münster, Köln • AStA FH-Aachen • BBA-Infoladen Bremen • Antifa Projekt FH-Aachen • Ökologische Linke Köln • Fachschaft Philosophie an der RWTH Aachen • De Ekster en de Olifant, documentatiecentrum over inheemse Volkeren • Schwarz/Rote Hilfe Münster • Bündnisplenum Widerstand Aachen • NoGen, Biotechnologie Archief • Antirepressionsbüro Berlin • Pats Utrecht • Libertäres Zentrum Charlotta Aachen • AFA Nederland • Linke Liste Aachen • Infoladen Köln • SPG, Solidariteitsgroep Politieke Gevangenen Amsterdam • WigA (Widerstand gegen Atomanlagen) Münster • Autonome Antifa Aachen • De Fabel van de illegaal • Allerweltshaus Köln • Antirepressionsgruppe Aachen • Politiek informatiecentrum De Invalshoek • Anti-racistisch blad Lokaal Kabaal • Antifaschismus Referat AStA Uni Köln • Autonomes Zentrum Aachen • Vrouwengroep Loeder • AStA PH Köln • Gentechnik AG Aachen • Frauengruppe Gretchens Faust Aachen • Voedselcoöperatie De Lachende Lazuli • Alternative Liste Uni Köln • Funest, onafhankelijk maandblad uit Leeuwarden • Werkgroep tegen Faschismus, Heerlen

Die Demonstration von Vaals (NL) nach Aachen (D)

Gerade darum haben wir, linke Menschen, die in Deutschland und in den Niederlanden wohnen, beschlossen, eine Demonstration von Vaals (NL) nach Aachen (D) zu organisieren. Eine Demonstration über die Grenze. Nicht weil die alten nationalen Grenzen uns besonders interessieren, sondern weil wir uns gemeinsam wehren wollen gegen diese EU-Politik. Weil wir gemeinsam Grenzen aufmachen wollen unter uns und für alle, die nach Europa kommen wollen oder müssen. Weil wir keine EU wollen, aber ein ganz anderes Europa und eine ganz andere Welt.

Wir sind uns sehr darüber bewußt, daß eine grenzüberschreitende Demonstration auch Nachteile hat: Viele werden kaum daran teilnehmen können, weil sie nicht die richtigen Papiere haben.

Andererseits kann und soll die Demonstration auch mobilisieren gegen den EU-Gipfel vom 14.-17. Juni in Amsterdam. Dort wollen die Herrschenden ihre weiteren Pläne festlegen. Ein breites »Bündnis von unten« wird sich dagegen zur Wehr setzen, Alternativen diskutieren und versuchen, den Gipfel zu stören. Gegen die übernationalen Pläne der EU können wir uns nur international wehren, wollen wir nicht in Nationalismus verfallen. Viele Menschen innerhalb der EU haben das schon begriffen und organisieren sich.

Wir wollen mit dieser Demonstration den deutschen Staat weiter unter Druck setzen, die absurde Hetzkampagne gegen die »radikal«, die er innerhalb und außerhalb seines Rechtsbereiches immer weiter auszubreiten versucht, endlich zu stoppen. Wie weit die juristische Komplizenschaft der Niederlande geht, wird sich Ende Juni zeigen, wenn in Maastricht das Gerichtsverfahren auf Herausgabe der bei der Durchsuchung in Vaals beschlagnahmten Sachen läuft. Wir rufen alle dazu auf, auch da anwesend zu sein und zu protestieren.

Die Autonomen - allseits beliebt als Watschenmann

Fangen wir mal mit einem Auszug aus der Stellungnahme der autonomen Sanis aus der INTERIM vom 24.4. an: "Militanz der Autonomen scheint nur noch in den Hetzartikeln der FAZ stattzufinden, in der Realität erlebt mensch im März '97 eine Model-Show der Haßkappen". In dem Kampfblatt der Gewaltfreien 'Graswurzel-Revolution' (GW) wird der militante Widerstand egal ob gegen Castor oder gegen Gentechnologie seit Monaten niedergemacht, verdreht, entstellt oder einfach totgeschwiegen. Immer sind die Autonomen für „Schwachsinnaktionen“ wie an der Esso-tankstelle in Dannenberg verantwortlich, wo angeblich auch das Tanklager angegriffen wurde (für eine andere Sichtweise der Vorkommnisse siehe die letzte 'Anti-Atom-Aktuell'). Die Autonomen sind „naiv“, verherrlichen die Militanz („zwischen Gusborn und Quickborn gabs eine Fülle von Wald- und Wiesen-schlachten, die effektiv nichts brachten außer dem Ruch des militanten Kampfes“, GW, 4/97, Seite 9) und müßten angesichts der Erfolglosigkeit und des „Dilettantismus“ ihres Tuns vor „Scham in den Boden“ versinken, wie der 'ak' vom 13.3.97 schreibt. So weit, so schlecht.

Nun werden selbst die autonomen Sanis wie auch die Schreiberlinge der GW und des ak zugestehen, daß nicht jede/r, der/die eine Haßkappe im Wendland trägt sogleich ein/e Autonome ist. Mit Sicherheit sind auch einige blödsinnige Aktionen von Militanten im Wendland im März gelaufen und über die mangelnden Absprachen untereinander ist viel geklagt worden. Daß brennende Strohballen an der Nordroute vielleicht den Bullen die Sicht nehmen sollten, damit sich die CastorgegnerInnen der Nordroute möglichst unbemerkt nähern können, kommt den Kritikern nicht in den Sinn. Aber ihnen geht's angesichts des objektiven Erfolges der Initiative „X- 1000 mal Quer“ auch gar nicht so um die Kritik der Militanz. Sondern ihnen geht's um deren Wortführer, die Autonomen, die der Störenfried in dem streng gewaltfreien Konzept von Jochen Stay und Konsorten sind. Stay schreibt in derselben GW-Nummer: „Die kollektive weitgehend positive Erfahrung X-tausender mit dem organisierten gewaltfreien Widerstand wird auf Jahre hinaus die Protestbewegung in der

Bundesrepublik günstig beeinflussen.“ Jochen Stay beansprucht damit die ideologische und politische Meinungsführerschaft im Anti-Akw-Widerstand und versteigt sich zu solchen Behauptungen wie „Polizei und Regierung haben sich öffentlich ins Unrecht gesetzt, haben demonstriert, daß sie den Profitinteressen einiger Konzerne eine größere Loyalität entgegenbringen als denjenigen Menschen, die sich dagegen wehren“. Das ist mit Verlaub lieber Jochen eine 'naive' politische Analyse. Wo bitte schön haben denn CDU/SPD/FDP in der 50-jährigen Geschichte der BRD jemals anders gehandelt? Sie haben den (in deiner Terminologie: 'gewaltfreien') Massenwiderstand gegen die Wiederaufrüstung, gegen die Notstandsgesetze, gegen den NATO-Doppelbeschluß immer gebrochen. Aus diesen Niederlagen haben doch die Autonomen der 80er Jahre den Schluß gezogen, mit gewaltfreiem Widerstand *allein* kommen wir mit unseren Forderungen nicht durch. Was soll daran denn heute falsch sein? Es sei denn, mich stören die Autonomen in meinen politischen Ambitionen als Führer der 'guten' Seite des Castor-Widerstands - genau das reklamiert ja Stay in der Auseinandersetzung mit der BI im Wendland, er spricht ihr die Legitimation ab, weil sie sich angeblich nicht eindeutig vom militanten Teil des Castor-Widerstands distanziert. An sich ein leicht durchschaubares Spiel, was Herr Stay da betreibt. Daß der 'ak' sich gerne ranhängt, paßt in sein neues politische Weltbild, das links von der PDS so und so nur noch Chaoten, Naivlinge und Durchgeknallte existent sind - Autonome eben. Besonders süffisant wird's schließlich, wenn die 'GW' Elsässer und Ditzfurth als prominente Sprecher der Autonome heranziehen und sich an ihnen abarbeiten, die nun ihrerseits in der 'Jungen Welt' bzw. der 'Ökolinks' kaum ein gutes Haar an Theorie und Praxis der Autonomen lassen. - Die Autonomen als Watschenmänner/ -frauen! Blöder geht's nicht.

Auf der anderen Seite machen viele Militante bzw. Autonome es dem politischen Gegner, hier den Gewaltfreien, auch ganz schön leicht. Wenn es stimmt, was Lou Marin in der letzten GW schreibt, daß eine Parole auf der Südstrecke gesprüht war: „Tötet Kohl“, so ist das wirklich

politischer Schwachsinn. Ohne Kohl, unter einer SPD-Regierung würde dieselbe Atompolitik gefahren wie jetzt. Schließlich haben die SPD-Kanzler Brandt und Schmidt das bundesdeutsche Atomprogramm entscheidend forciert und auch der Herr Honecker stand in dieser Frage seinen westlichen Konkurrenten um nichts nach. Und natürlich stimmt es auch, was Marin weiter schreibt, daß viele Autonome sich an den Gewaltphantasien, wie der aufgebrachten Ruhrkumpel, aufgeilen. In der Tat besagen solche Parolen, wie „jetzt holen wir die Knüppel raus“ oder wie vor Jahren die Ankündigungen im Stahlwerk in Rheinhausen, es der „Hafenstrasse“ in Hamburg nachzumachen, gar nichts, aber auch gar nix. Im Gegenteil, einige derer, die da in Wut geraten, könnten an der nächste Ecke auf ausländische BilliglohnarbeiterInnen eindreschen. Hier sollten wir viel genauer hinschauen, inwieweit die berechtigte Wut der ArbeiterInnen sich wirklich gegen das System und die Verantwortlichen von Ausbeutung und Unterdrückung richtet. Gewalt-Parolen von Prols auf der Straße sind keine Ankündigung eines bevorstehenden Aufstandes, dafür ist die deutsche ArbeiterInnenklasse einfach zu sehr von SPD und DGB gezähmt, befriedet - leider.

Da die autonomem Sanis die „vage Hoffnung“ haben, daß ihr „Negativbild“ nicht vollständig ist, möchte ich zum Schluß ihre Hoffnung erfüllen und von zwei Ereignissen erzählen.

Es gab einige Fälle der guten Zusammenarbeit zwischen dem gewaltfreien und dem militanten Teil des Widerstands. Dazu ein Beispiel: Am Montagnachmittag als der Castor aus Lüneburg weiterfuhr machten sich ca 100 Gewaltfreie aus dem Camp auf den Weg zum Bahnhof Dahlenburg und zogen eine Hundertschaft Bullen im Schlepptau hinter sich her. Das war einer Gruppe von ca 100 militanten Anti-AKW-GegnerInnen höchst willkommen, denn nun hatten sie es mit erheblich weniger Bullen zu tun und konnten recht ungestört brennende Strohballen auf die Gleise rollen. Schon am Nachmittag hatten wir zusammen mit etlichen Gewaltfreien die Gleise angesägt und die Schrauben gelockert. Nur gab es dabei keine so gute Absprache unter uns, denn einigen Gewaltfreien war nicht klar, daß wir uns mit Steinen gegen heranrückenden Bullen wehrten. Insgesamt aber ein gutes Beispiel, daß wir an getrennten Orten mit unterschiedlichen

Kampfformen gemeinsam stark sein können. Voraussetzung dafür war und ist *eine genaue Absprache wer sich was an welchem Ort zutraut und wir uns dabei nicht in die Quere kommen!*

Das zweite Ereignis, von dem ich berichten will ist die Aktion, die in der Nacht zum Mittwoch bei Quickborn im Wald stattfand. Nach Beginn der Räumung von X 1000 mal quer versuchten dort 500 Militante in Absprache mit einigen BäuerInnen der bäuerlichen Notgemeinschaft zu stockfinsterer Zeit im Wald auf die Nordroute zu gelangen, um die Bullen aufszuziehen, damit die BäuerInnen mit ihren Traktoren ein paar hundert Meter weiter Richtung Verladekahn eine Blockade errichten können. Es war klar, wir greifen die Bullen an und das war auch den BäuerInnen klar. Aber wir hatten gar keine andere Wahl, wenn wir verhindern wollten, daß der Castor auf der Nordroute durchkommt, nachdem die Unterhöhlungsversuche alle gescheitert waren. Viele von uns schleppten Baumstämme, Steine und Mollis 1 km quer durch den Wald. Ich fand trotz aller Ängste, Unsicherheiten, den Willen und die Entschlossenheit unter uns beeindruckend. In den Untergruppen war klar, wir setzen auch Mollis ein; wir vermeiden die Teile gezielt auf die Bullen zu schmeißen, wir wollen damit die Bullen von der Straße vertreiben, weg von der geplanten Traktorblockade. Wie bekannt klappte das Manöver nicht, viele wurde in der Nacht festgenommen, verletzt. Es war einer der letzten verzweifelten Versuche, den Castordurchmarsch zu verhindern. Diesen 500 militanten AKW-GegnerInnen jegliche Ernsthaftigkeit und Genauigkeit in ihrem Handeln abzusprechen, („sie kümmern sich um nichts und niemanden und ziehen ihren Steifel durch, ‘GW’ 4/97, Seite 9) ist besonders perfide und könnte nicht besser vom Verfassungsschutz kommen. Ich weiß, das ist ein hartes Wort, aber nichts anderes betreiben ‘GW’ und ‘ak’ mit ihrer jetzigen Kampagne gegen die Autonomen.

Jim aus Berlin

na, Ihr lieben leute, was darf's sein? die 638. erklärung irgendwelcher mysteriöser atomkraftgegnerInnen, hausbesetzerInnen, antifaschistInnen,...? widerkäuen längst vergessener konsense, aufwärmen selbstgerechter allgemeinplätze, detaillierte darstellung provinzieller dorfchroniken,...? und trotzdem möchte ich Euch von "unserer" hausbesetzung schreiben; weil wir (szene-)öffentlichkeit brauchen und wollen, um zu erzählen, was anderswo (also hier) so passiert, um den derzeitigen stand dessen, was mal "bewegung" hieß, zu spiegeln, um endlich auch selbst mal was wichtiges zu verfassen.

daß ich davon wohl nicht mal das letzte anliegen verwirklichen werde, ist mein problem und nicht Euers!

die absurdität in den 90ern ein haus zu besetzen, war uns zum teil zwar wohl bewußt, der erfahrungsschatz aller wichtigen häuserkampf-metropolen der letzten jahre ebenso und auch, wie besetzungen in kiel (hier sitzen wir nämlich, genauer gesagt im toll-kultigen kiez-like stadtteil gaarden n) bisher so abgelaufen sind hatten wir voll drauf. doch all die frustrierten und frustrierender erfahrungen anderer (wie auch teilen von uns), ließen kaum mehr als ein großes fragezeichen in unseren gesichtern übrig. denn was sonst tun, um, wie in unserem fall, für ein "selbstverwaltetes jugendzentrum" (kackbegriff) zu sorgen?

also am 29.3. früh morgens sehr verschwörerisch eingestiegen und einige stunden später, als ausreichend unterstützerInnen zu ende gefrühstückt hatten, die ersten lappen rausgehängt. sehr frohgemut losgegangen ist es. mit selbstgemachter musik schwarz verumumt ums schwarze herz auf dem auffälligen balkon mit viel zu vielen leuten getanzt, daß den unterstützerInnen angst und bange wurde.

ist aber ja alles gutgegangen, wie auch der rest: nach drei wochen sind wir nämlich immer noch drin (womit wir die kieler besetzungen der letzten jahre schonmal lässig in den schatten gestellt haben). und seit drei wochen läuft jubetrieb, d.h. bisher beispielsweise jeden tag vokü, filme, konzerte, dissen gab's auch schon.

und in klassischer besetzerInnentradition verhandeln wir. mit dem konkursverwalter (als "besitzer"), mit der stadt (als mögliche käuferin, die's uns dann gibt (mensch, klingt das absurd! so'n blödsinn glauben wir?)), mit der provinzial-versicherung, die den versicherungsschutz für's haus nicht weiter tragen will, muß und wohl auch wird (die doofe kuh!! (ich birr selbst vegan, darf sowas also schreiben.)). deren aktuelle frist läuft am 24.4. ab, d.h. dann will der verwalter räumen lassen.

ich denk, das reicht an darstellung der rechtlichen situation, ist ja eigentlich eh nur für uns so genau interessant.

in kurzform also nochmal: wir sind zur zeit nahezu ständig räumungsbedroht und haben als realistische perspektive höchstens ein ausweichgebäude (wohl eher ausweichraum) vor augen. inwieweit wir überhaupt bereit sein werden auf irgendwas alternatives einzugehen ist noch gar nicht raus. schließlich wollen wir uns, wenn wir umziehen, auch verbessern; da sind wir ganz auf proletarischer linie und lassen uns materiell bestechen, um für'n büschen größeres stück vom kuchen unsere ideale zu verraten.

neinnein, soll bloß heißen, die große weltrevo (klasse wort, das ist noch besser als "elli" oder "lauti", find ich, Yok) zumindest in S-H (soll schleswig-holstein heißen, is aber viel cooler so und garantiert antiimp-kompatibel - im gegensatz zu unserem haus) steht nicht grad vor der tür und unser heterogener haufen will halt zusammen ein juz, was sicher auch politisches entrum werden kann

24

Karlstal 34a
(Kiel-Gaarden)

sicher auch politisches zentrum werden soll und werden kann. aber wir denken im moment halt, daß wir von verhandlungen profitieren können und sei es durch einen aufschub. leider ist die zeit nicht grad günstig für eine militante (puh, geschafft, das wort mußte unbedingt noch rein) verteidigung besetzter häuser - nicht mal hier.

noch mal zu uns aus dem haus selbst:

also, wie gesagt, heterogen ist es. jung und alt (über 25), schwarz und bunt, hippies und punx, autonome und graswurzeln deutsche und migrantInnen,... und je länger wir drin sind, (was einer der knackpunkte ist. damit hat nämlich keineR gerechnet und wir mußten alle schon x termine verschieben, weil die scheißbullen immer noch nicht geräumt haben und der kackverwalter auch noch nicht entschlossen genug gehandelt hat), desto besser klappt die abstimmung und das verständnis unter uns besetzerInnen: trotz ständiger rückschläge. wir lernen aneinander und miteinander und dabei kommt auch noch was raus, nämlich jetzt schon drei wochen kulturbetrieb, begegnungsstätte (uuääähhh - tod und verwesung allen soz-päds!), politisches zentrum, unterkunft für viele, die nicht bei ihren eltern abhängen wollen,... und außerdem liebt uns unser viertel, zumindest ganz schön viele davon, was wir nun wieder gar nicht so recht geglaubt hätten.

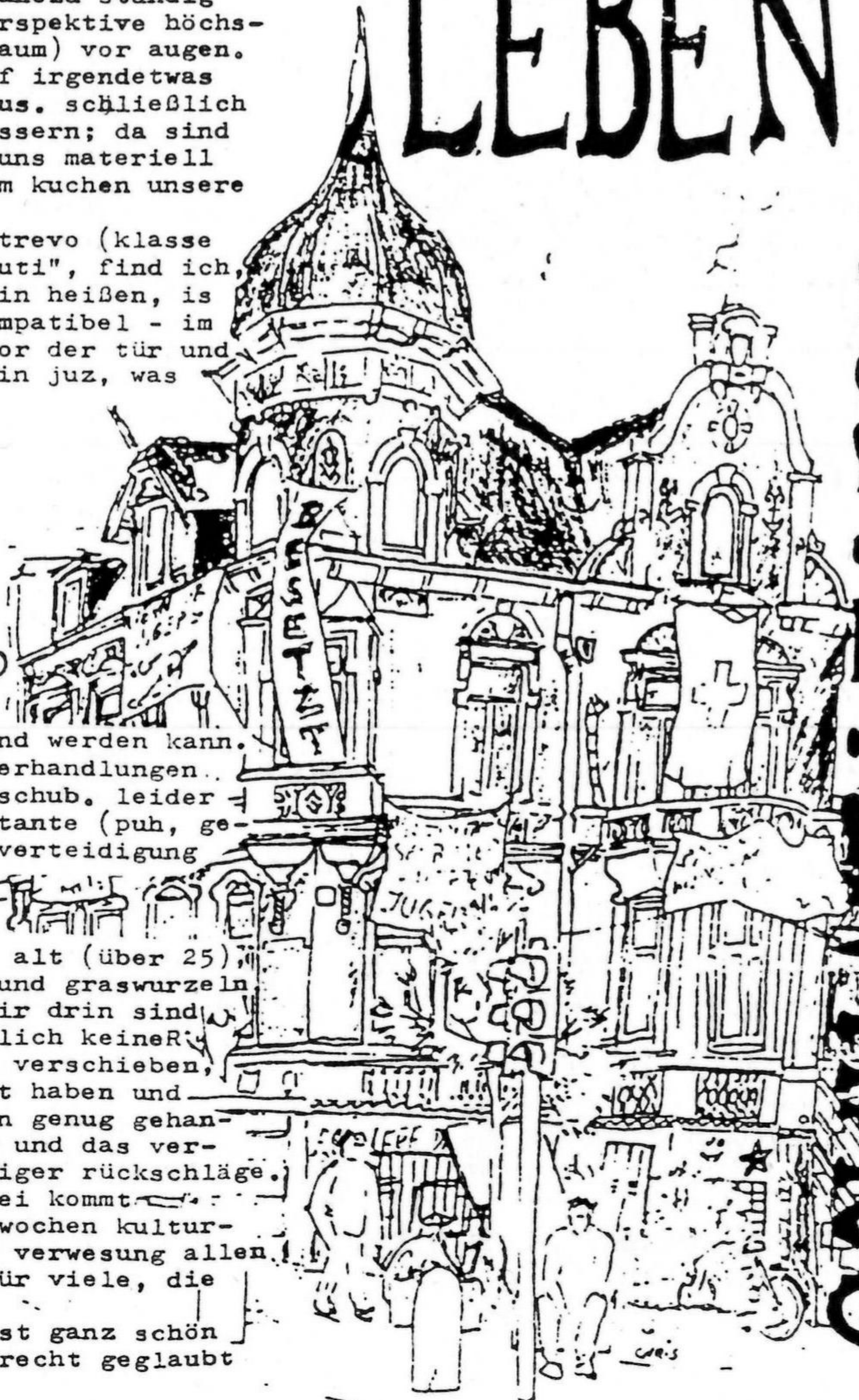
so letzter abschnitt, gleich ist es geschafft.
wäre schön wenn Ihr uns besuchen würdet, wenn Ihr hier auf der ecke seid, oder auch sonst. toll wären solierklärungen, -veranstaltungen, simpler erfahrungsaustausch mit allen in ähnlicher oder völlig anderer situation, nämlich damit wir alle nicht alleine sind (erhobener zeigefinger).

einer aussem haus

p.s.: ich hab meist "wir" geschrieben. ist mir erst mitten drin aufgefallen und dann hat ich keinen bock mehr alles nochmal zu tippen. soll also jedesmal heißen, daß das meine einschätzung ist, aber auch, daß ich versucht hab eine stimung im haus einzufangen, wie ich sie empfinde. außerdem hab ich für einige vielleicht zu undurchschaubar geschrieben und mich zu doll an blödsinn aufgehalten. wenn's Euch also wirklich interessiert: Karlstal 34a, 24143 Kiel-Gaarden ist unsere adresse; für die post aber im moment wieder besser: Juz, c/o Infoladen, hansastr.48, 24118 kiel. auf nachfrage beantworte ich dann gerne die fragen, die Euch wirklich interessieren.

live fast - die young
und wer aktion macht, ist der wichtigste mensch der welt
und wir sind alles individuen!!!

LEBEN IM BESTZTEN HAUS



Blut und Paukboden - die Verbindungen kappen

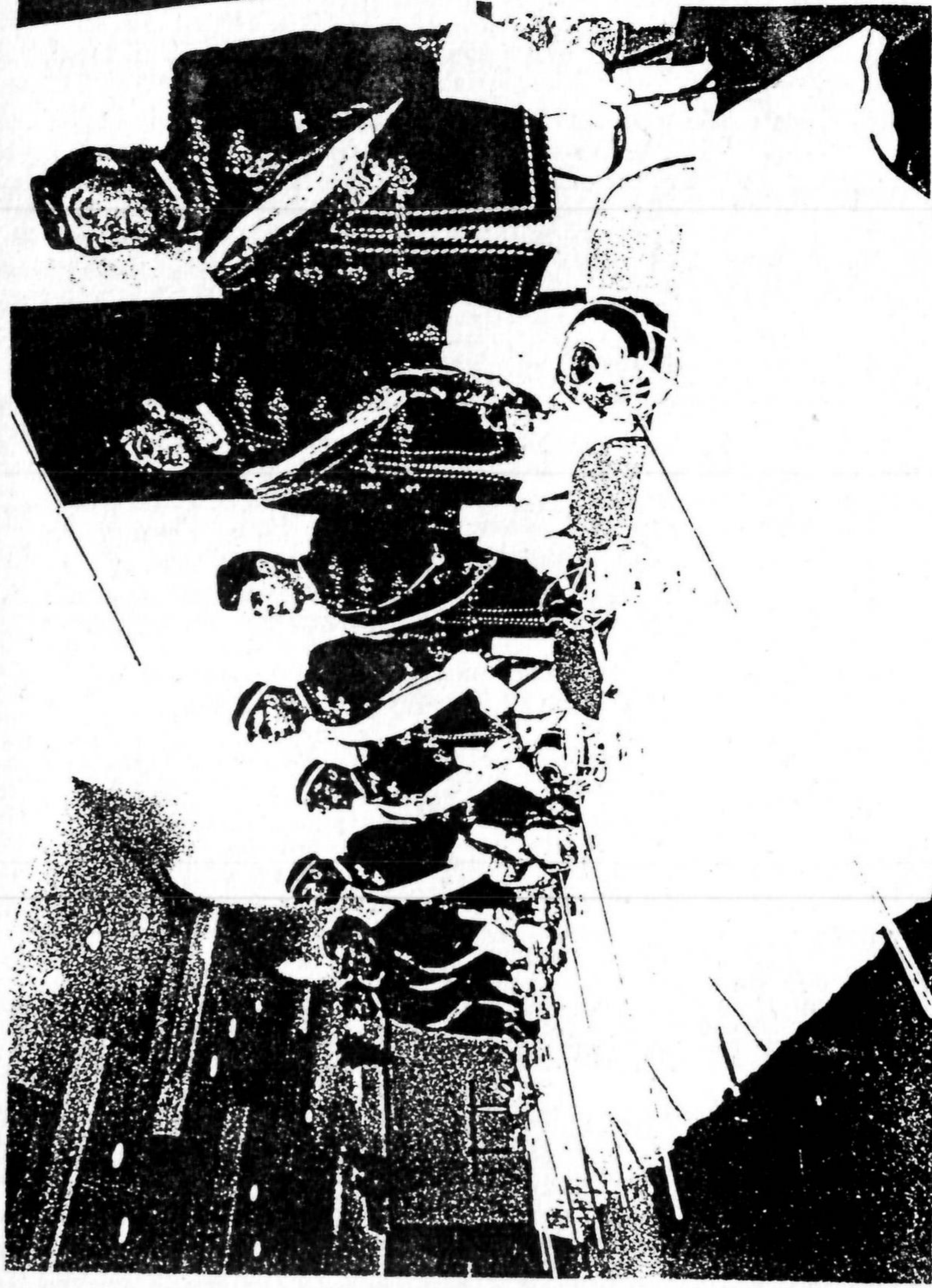
Bei Burschenschaften und anderen studentischen Verbindungen handelt es sich nicht um unpolitische und somit relativ harmlose Traditionsvereine, sondern um Kaderschmieden der konservativen Elite, in denen reaktionäres bis faschistisches Gedankengut gepflegt wird. Aufgenommen werden nur deutsche, männliche Studenten, die ihren Wehrdienst abgeleistet haben.

Diese nach dem Lebensbundprinzip organisierten Seilschaften setzen sich aus ca. 40000 aktiven Studenten und 150.000 bis 200.000 Ehemaligen, sogenannten „Alten Herren“ zusammen.

Letztere besetzen zahlreiche einflußreiche Positionen in Politik, Kirche, Wirtschaft und Justiz. Von diesen aus setzen sie ihre rassistischen, sexistischen und militaristisch - deutschen Vorstellungen in die Realität um.

Ob Dieppen, Kanther, Lummer, Landowski, Rüttgers, Schäuble, Kinkel, Herzogoder Strauß - alles was sich in diesem Lande um Abschiebungen, rassistische Hetze, Festung Europa, Sozialabbau und Bildungsklausen, Aufrüstung der Polizei oder Auslandseinsätze der Bundeswehr verdient gemacht hat, ist in studentischen Verbindungen organisiert.

Über den Rechtskonservatismus hinaus betätigen sich auch viele Korporierte in offen faschistischen Organisationen. Besonders tun sich hierbei Mitglieder der „Deutschen Burschenschaft“, des „Coburger Convents“ und der „Deutschen Gildenschaft“ hervor. So ist z.B. der Vorsitzende der „Republikaner“ Rolf Schlierer Mitglied der Gießener Burschenschaft Germania oder der Chefredakteur der „Jungen Freiheit“ Dieter Stein „Alter Herr“ der Freiburger Hochschulgilde Balmung.



**Veranstaltung: 9. Mai. 97 19.00 Uhr Humboldt Universität
Cafe Krähenfuß im Hauptgebäude.
Referent: Gerhard Schäfer (Mitautor von „Füxe, Burschen, Alte Herren“)**

Antifa Arbeitskreis Burschenschaften

V.i.S.d.P.: H. Besetzt, Mainzerstr. 13, 10245 Berlin

Hochschulgruppe Revolutionäre Linke

Paris was a Women

Video, GB/USA/BRD 1996,

75 min. Regie: Greta Schiller

Dokumentarfilm über lesbische Frauen im Paris der 20er Jahre, z.B. Gertrude Stein, die sich für die Durchsetzung der Avantgarde stark gemacht haben. Die Frauen von der Left Bank, eine Homage an die legendäre künstlerische Gemeinschaft von Frauen der 20er und 30er Jahre.

Fr. 02.05 um 20.00 Uhr

El Locco - Programmübersicht Mai 1997

Sa. 03.05. Vortrag	Was ist eigentlich Faschismus? Eine Analyse aus anarchistischer Sicht. Uwe Timm, libertärer Publizist	19.00 Uhr
Di. 06.05. Video	Dokumentarfilmreihe - Thema: Der Faschismus und ich Der gewöhnliche Faschismus , UdSSR 1965, 123 min Michail Romm entwirft eine facettenreiche, psychologisch fundierte Dokumentarfilmstudie über Voraussetzungen, Entstehung und Erscheinungsformen des deutschen Faschismus.	20.00 Uhr
Mi. 07.05. Video	Dokumentarfilmreihe - Thema: Der Faschismus und ich Zwei Biografien zu Anpassung und Widerstand im Nationalsozialismus	20.00 Uhr
Do. 08.05. Video	Die lange Hoffnung , BRD 1984, 90 min Mit Clara Thalmann und Augustin Souchy in Spanien	20.00 Uhr
Di. 13.05. Video	Dokumentarfilmreihe - Thema: Der Faschismus und ich Der Prozeß , Eberhard Fechner (1976-84), 270 min Opfer, Täter, Justiz - wie findet der Umgang mit dem Unbeschreiblichen statt? Eine akribische Aufarbeitung des Majdanek-Prozesses.	20.00 Uhr
Mi. 14.05. Video	Dokumentarfilmreihe - Thema: Der Faschismus und ich Die Sintikinder von Mulfingen , 1988, 8 min. Verfolgt und Vergessen , 1985, 62 min.	20.00 Uhr
Do. 15.05. Video	Leo Ferré , 1994, 90 min Portrait eines anarchistischen Poeten und Chansonsängers	20.00 Uhr
Fr. 16.05. Ausstel.	Ausstellungseröffnung mit kleinem Buffet und u.v.a. Gesichter der Anarchie . Fotoarbeiten, Plakate u. Dokumente	19.00 Uhr

Der 2. Juni rät:

***Etwas Bewegung
kann nicht schaden***



Diskussion/Workshops/Filme/Ausstellung&Ausflug zur BEWEGUNG 2. JUNI

Fr/Sa/So/ ab 14Uhr

30.5./31.5./1.6.97 in der SfE/Mehringhof/Gneisenastr.2a/Aufgang 3/3.St.

Fr/30. Mai - Auftaktveranstaltung: Historisch-politischer Abriss/
Ausstellungseröffnung/
Einführung in die Workshops

Sa/31. Mai - 1. Workshop: Vergleich von Bewegung 2. Juni und RAF bzw.
von sozialrevolutionärem und
antiimperialistischem Ansatz

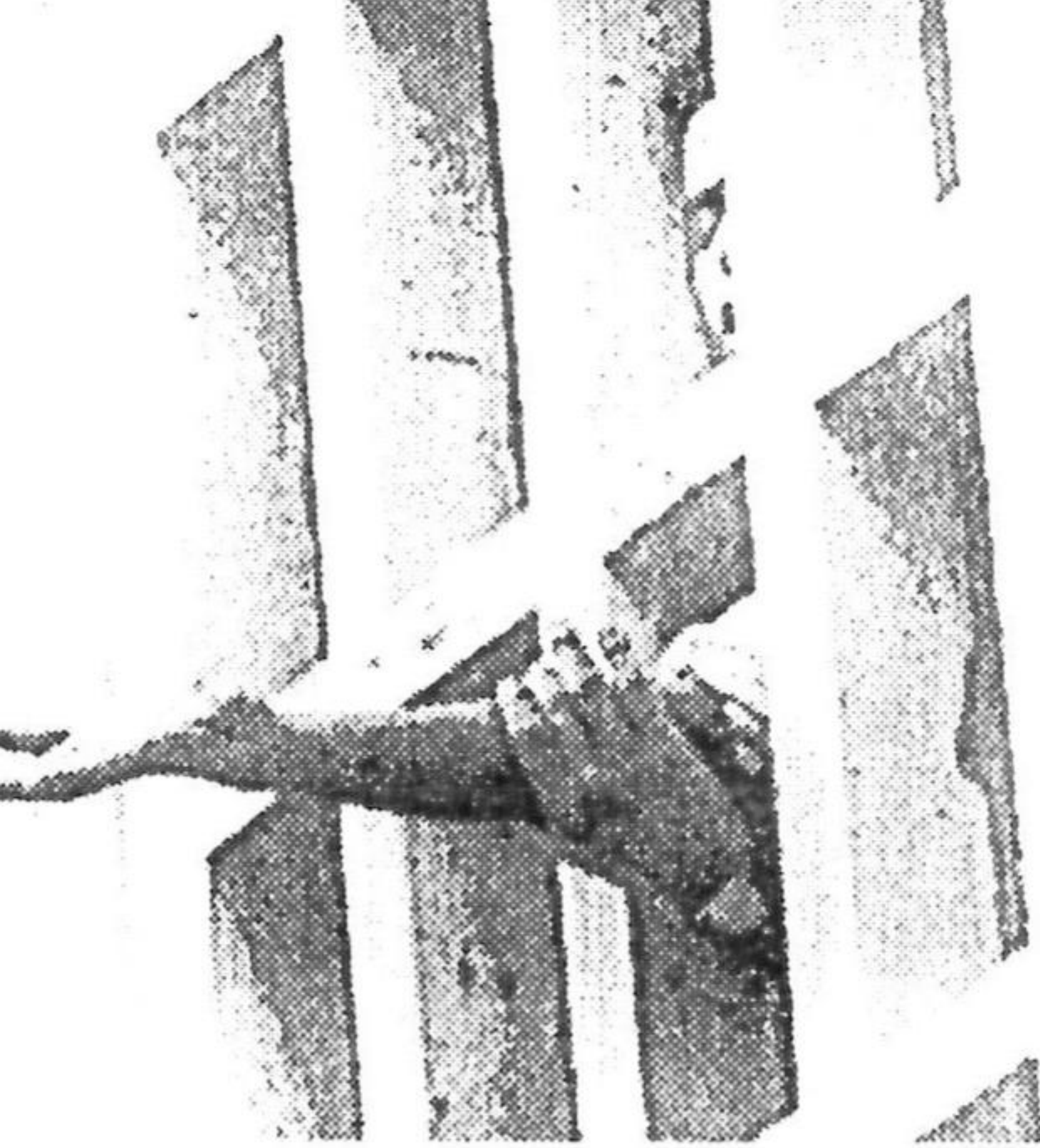
2. Workshop: Filmbeiträge u. a. von der
Filmakademie

So/1. Juni - 3. Workshop: Verhältnis von Bewegung/Szene und Stadtguerilla
Abschlußveranstaltung



V.i.S.d.P.: Konrad Lorenz, Schenkendorfstr. 7, 10965 Berlin

"ich möchte nicht mehr
sitzen hier für Deutschland"



Eine Ausstellung über Flüchtlinge und
Abschiebehaft in Deutschland

Veranstaltungsprogramm

- 5. Mai, 17.00 Uhr
Eröffnung der Ausstellung
- 6. Mai, 19.00 Uhr
Wer bleiben will, soll bleiben! Bosnische Kriegsflücht-
linge vor der Massenabschiebung
(Renate Wilson, KUB)
- 7. Mai
Politik mit Paragraphen: Verschärfung der "Ausländer-
gesetze" und Visumpflicht für Kinder
(Ralf Fischer, Rechtsanwalt)
- 12. Mai
Die Initiative gegen Abschiebehaft und die
Antirassistische Initiative stellen sich vor.
(Raum 2044)
- 15. Mai
Polen, ein sicheres Drittland?
(Dominique John, FFM Forschungsgesellschaft Flucht und
Migration, Raum 2044)
- 20. Mai
Auch Kinder werden abgeschoben
(Sabine Rotte, Arbeitskreis Minderjährige unbegleitete
Flüchtlinge beim Flüchtlingsrat Berlin)
- 21. Mai
Kein Mensch ist illegal (Büro für medizinische
Flüchtlingshilfe, Raum 1063)
- 22. Mai
Juristische Körper (Video, / Informationsveranstaltung
zur Situation von illegalisierten MigrantInnen)
- 24. Mai
Kundgebung an Abschiebeknast Grünau



Veranstaltung des
Revolutionären Funken

Zur Theorie und Wirkungs- geschichte des Rätekommunismus

Kritische Würdigung eines Textes aus
den frühen 30er Jahren, nämlich der
**GRUNDPRINZIPIEN
KOMMUNISTISCHER
PRODUKTION UND
VERTEILUNG**

Montag, den 5. Mai um 19 Uhr
in den Räumen der Freien-
Kultur-Aktion e.V.,
Rathenower Strasse 22
(Berlin-Moabit)

Video-TV- JEDEN
DIENSTAG
EINTRITTS
FREI

Kino

im **SYNDIKAT**

BEGINN 19h - OFFEN AB 18h30

Di 6.5. „PANTHER“ USA '96
Rg. Spike Lee

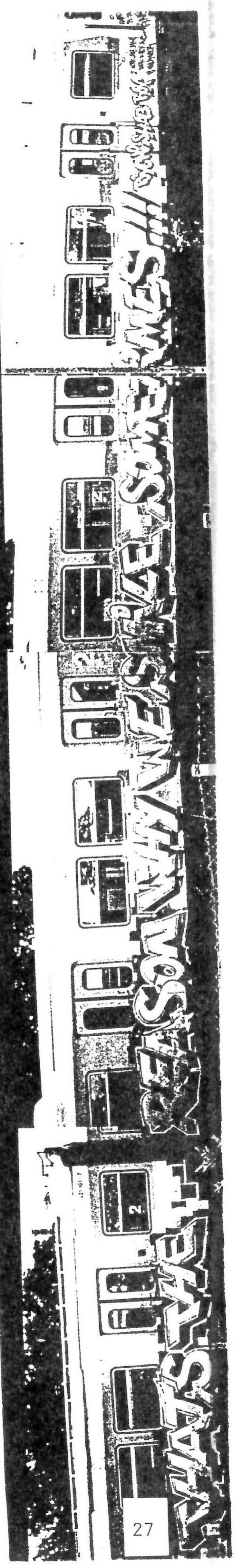
Di 13.5. „How to come through“

Di 20.5. „LAND AND FREEDOM“ USA '95
Rg. Ken Loach

Di 27.5. „Malcolm X“ USA '95
Rg. Spike Lee

SYNDIKAT - Weisse Str. 56 - U-Bodden

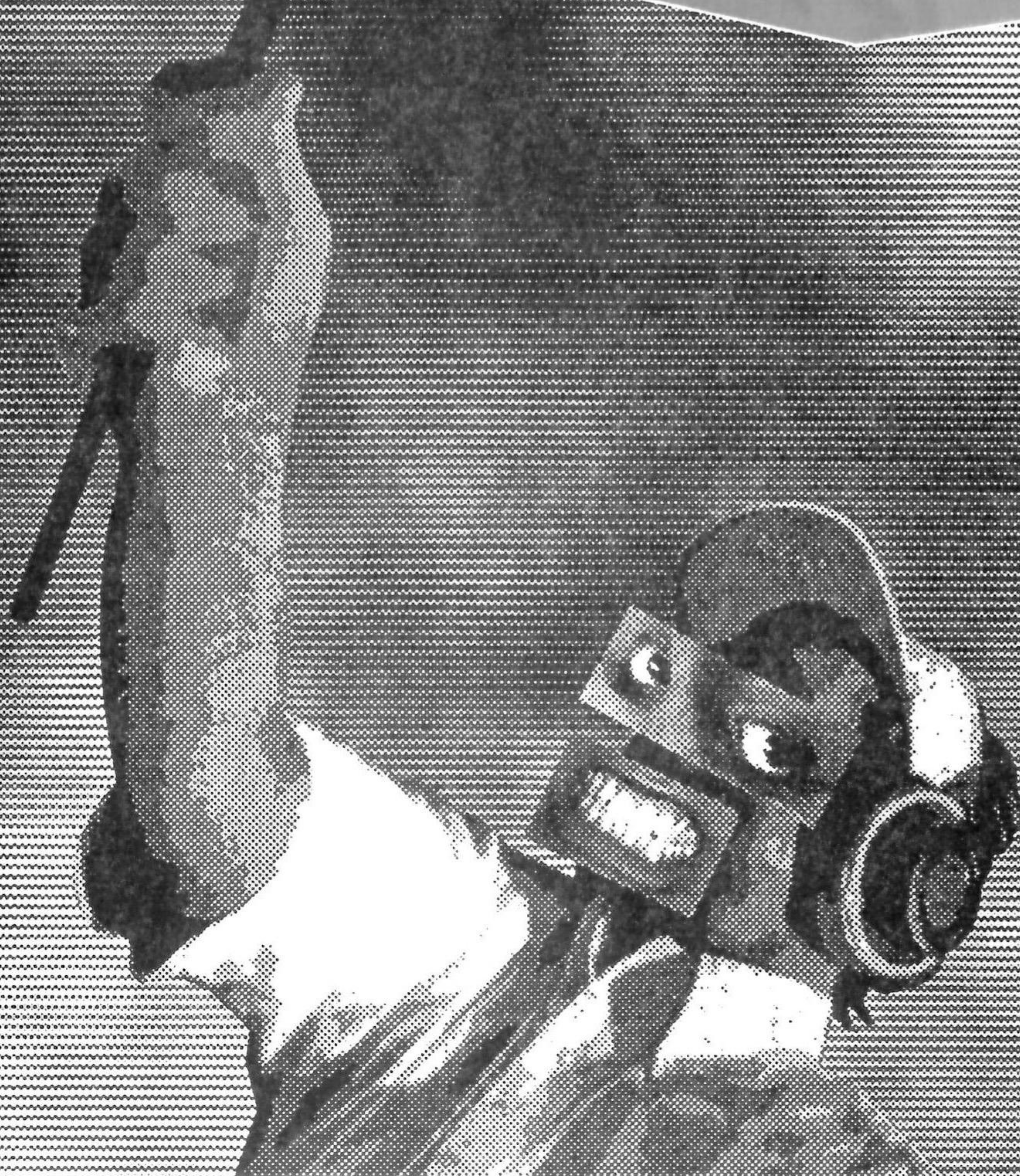
5. - 23. Mai 1997
Rathaus Kreuzberg
Mo-Fr 9 - 18 Uhr
Yorckstr. 4-11, [U] Mehringdamm



konzert

• kopi 137 • 21uhr •

REVOLUTION 2. MAI



am 2.Mai: konzert + party
• helicopter (ex häwi mädels)
• hirn
• guest: raggatacke
• agnes jung and her pillows
und das alles: soli für ak kraak